

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderat Mag. Klaus FRÖLICH

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es ist also an mir, hier den Reigen der Generalredner zum Doppelbudget 2013/2014 zu eröffnen. Mit den Ausführungen von unserem mittlerweile langjährigen Finanzstadtrat Gerhard Rüschi haben wir die Eckdaten, die Kennziffern dieses Doppelbudgets, dieses zwei Milliarden Budgets kennengelernt. So ein Budgetwerk ist ja, wie wir alle wissen, viele von Ihnen sind ja schon bei vielen Budgetdebatten dabei gewesen, eine recht trockene Angelegenheit. Zahlen, Zahlen, Zahlen. Deshalb möchte ich Sie am Beginn meiner Ausführungen in ein Detail entführen, das beweisen soll, dass man ein Budget oder Budgetzeilen durchaus auch mit einem Quäntchen Humor lesen kann. So findet sich unter diesen vielen Zeilen, die ich vorbereitet und gesichtet habe, wie viele andere von Ihnen auch, so findet sich also hier eine Zeile, mit der die Mittel für den Lückenschluss des städtischen Kanalnetzes festgeschrieben werden und wo diese Mittel reserviert werden. Kanalinselprogramm heißt es dann. Eine Wortschöpfung, die den Schelm durchaus dazu anregen könnte, dahinter ein städtisches Steuervermeidungsprogramm zu vermuten, so ist es nicht, um Missverständnissen vorzubeugen, es ist so wie siehe oben.

Ich möchte heute mit meinen Ausführungen versuchen, den Ihnen allen bekannten Stehsatz, ein Budget ist Zahlen gegossene Politik zu widerlegen oder zumindest zu relativieren. Warum? Weil gegossen für mich für Starrheit steht, weil gegossen für Wiederholdendes steht und weil gegossen für zwanghaft Gebundenes steht. Heute allerdings ist meines Erachtens die Herausforderung an ein Budget als

Handlungsanleitung zu stehen, als Rahmen, wenn Sie so wollen, zu stehen und auch als Auslöser für permanentes Selbstgestalten, als Auslöser für den Zwang zur Innovation und das bei allen Betroffenen.

Lassen Sie mich jetzt einen Blick zurück machen. Hinter uns liegt die Einführung des Ihnen allen schon gut bekannten Eckwerts, dieser Eckwertbudgetierung, eine Systematik, die sich bewährt hat und die die unbeschriebenen Herausforderungen, die diesen Herausforderungen gerecht wird. Hinter uns liegt eine durchaus beispielhafte und richtungsweisende große Verwaltungsreform im Hause Graz. Hinter uns liegt ein konsequentes Ausgabenmanagement und dieses Ausgabenmanagement wird uns auch in Zukunft sicherlich begleiten. Der bisherige Konsolidierungspfad, die Wegstrecke, wenn Sie so wollen, die wir bisher zurückgelegt haben, war in meinen Augen, es ist auch im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2012 angeklungen, ein sehr erfolgreicher. Ohne Härteeinlagen, um es in der Sprache der Sportler zu sagen, wurden Schritte mit Augenmaß gesetzt im Sinne einer neuen und notwendigen Kultur des Maßhaltens. Der von mir schon erwähnte Rechnungsabschluss 2012 legt Zeugnis über den eingeschlagenen Weg ab, darüber darf ich nachher im Detail noch eingehen. Dieser Pfad ist allerdings noch nicht zu Ende, um dieses Bild weiterzuzeichnen. Wir sind für die Jahre 2013 bis 2017 mit diesem schon heute beschriebenen Grazer Stabilitätspakt als Finanzrahmen sehr gut gerüstet, aber der Weg, den wir begehen, ist schmal, der Weg ist steinig und er ist steil, er ist gepflastert mit vielen Details, über die man stolpern könnte. Sie wissen, wir Menschen stolpern ja nicht über Berge, Berge überwinden wir gut ausgerüstet, die bewältigen wir mit guter Ausrüstung, wir stolpern über die Maulwurfshügel, das sind die kleinen Hindernisse, die Mühen des Alltags. Die Details, die es zu bewältigen gibt, um ein gutes Gesamtergebnis, um ein gutes Gesamtwerk zu erbringen, und dazu braucht es, und davon bin ich fest überzeugt, es braucht den Mut bei allen Beteiligten, bei allen Beteiligten, die Verantwortung übernehmen, es braucht den Mut der Möglichmacher, den Mut der Hindernisabbauer, aber auch den Mut der Zweifelerstreuer. An dieser Stelle möchte ich den renommierten Grazer Politikwissenschaftler Dr. Wolfgang Mantl zitieren, Kollegin Sissi Potzinger hat ihn,

soweit ich mich erinnere, im Vorjahr auch hier schon zitiert, aber die Aussage ist es wert, wiederholt zu werden. Mantl sagt: Eine Politik der Mitte und des Maßes ist kein Trampelpfad der Bequemlichkeit, sondern eine Politik der Mitte und des Maßes erfordert Entschlossenheit, Ausdauer, Charakterfestigkeit und Lebensfreude, erfordert Kreativität und Beharrlichkeit, aber vor allem eines: Mut. Leider machen es sich hier herinnen nach meinen Beobachtungen der vergangenen Jahre einige es sich immer wieder bequem, und da schaue ich jetzt durchaus in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der KPÖ, die immer wieder fordern, alles für alle und immer billiger und noch gratis. Ich denke, es fehlt Ihnen eben diese Kreativität zu sagen, wie soll denn das gehen? Noch nie habe ich von Ihnen einen Bedeckungsvorschlag zu diesen Forderungen gehört außer vielleicht Umverteilung. Beharrlichkeit habe ich nur gesehen beim Fordern und beim Verwalten (*Applaus ÖVP*). Ich bitte Sie deshalb, im Sinne und zum Wohle unserer Stadt diese planwirtschaftlichen Retroumverteilungsmodelle zu vergessen, das sind Gespenster, Gespenster, die keiner mehr sehen will und jedes Budget und jede Stadt kurzfristig gegen die Wand fahren würde. Sie sollten das ideologische Visier hochklappen und den Menschen endlich die Wahrheit sagen (*Applaus ÖVP*). Die Wahrheit ist, dass Sie noch nie gesagt haben wie es gehen soll, die ständigen Forderungen nach noch mehr für alle und noch niedrigeren Gebühren zu finanzieren. Das Herz unserer Stadt, meine Damen und Herren, das sind die Menschen, die Menschen, die hier leben und arbeiten und der Motor, der Motor der Stadt ist in meinen Augen eine funktionierende Wirtschaft. Menschen, das sind einerseits diese 170.000 unselbständigen Erwerbstätigen und andererseits jene tausend Personen jährlich, die ein Unternehmen gründen, und wie wir wissen, bieten diese Unternehmen, diese tausend innerhalb von drei Jahren zwei bis drei Arbeitsplätze an, jedes von diesen tausend neu gegründeten Unternehmen. Das ist in meinen Augen der Allradantrieb, mit oder ohne Motorisierung, wenn Sie wollen. Der Allradantrieb für diese wertvolle Stadt, der die Stadt in die Zukunft bewegt, und wer diese Dynamik immer als Ruhestörung empfindet und klassenkämpferisch Gestriges verwaltet, handelt langfristig in meinen Augen zum Schaden dieser Stadt und ihrer Entwicklung (*Applaus ÖVP*).

Ich muss, weil es aktuell ist, Ihnen ein Beispiel aus dem Finanzausschuss von Montag geben. Unsere vielfach qualitätszertifizierten und so hervorragend arbeitenden Geriatrischen Gesundheitszentren schreiben die Gebäudereinigungsarbeiten neu aus. Ich werde hier in der öffentlichen Sitzung keine Details eines nicht öffentlichen Stückes preisgeben. Aber so viel darf ich sagen, der Geschäftsführer Dr. Hartinger hat im Detail erläutert, weshalb eine Vergabe der Leistungen an eine Fremdfirma, wie schon bisher, Sinn macht aus fachlicher Sicht und aus finanzieller Sicht und dass den GGZ fast 40 %, und das sind in diesem Fall viele Millionen, eine nahezu zweistelliger Millionenbetrag mehr Kosten auf die GGZ zukommen, wenn man das selber machen würde, wenn man das mit eigenen Mitarbeitern machen würde. Die Unterschiede sind in dem Berichtsstück detailliert dargestellt, sind schlüssig ausgeführt worden. Herr Dr. Hartinger hat auch erwähnt, dass vor dem Hintergrund der budgetären Situation, das einfach nicht machbar und unfinanzierbar wäre. Die KPÖ stimmt trotzdem dagegen, Frau Klubobfrau Bergmann hat auch erläutert, aus politischen Gründen, gut, Sie haben ja nur das Glück, dass Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten auch hier keine Mehrheit bekommen haben, weil es eh keine Konsequenzen hatte und weil Sie eh keinen Bedeckungsvorschlag dafür machen mussten, aber ein paar polemische Zeilen im Stadtblatt wird es wohl wert sein (*Applaus ÖVP*). Es ist tatsächlich nur den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause zu verdanken, dass Sie die Stadt mit dieser in meinen Augen sehr fragwürdigen Vorgehensweise schon über Jahre nicht schon längst hier den Regierungskommissär hergebracht haben (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir die anstehenden Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir in unserem Land und in unserer Stadt eine leistungsfähige Wirtschaft haben. Eine Wirtschaft, die Werte, Arbeit und Einkommen schafft. Ganz im Sinne, wenn Sie so wollen, der ökosozialen Marktwirtschaft des Josef Riegler, er sagt, das erfordert beste Bildung und Weiterbildung, Forschung, Innovation sowie leistungsfreundliche Steuer- und Abgabensysteme. Das Ziel muss sein, ein hohes Niveau an Lebensqualität, getragen von einer fairen Mittelaufbringung, die niemanden überfordert, die aber auch

niemanden aus der Verantwortung für das Gemeinwohl entlässt (*Applaus ÖVP*). Und weil die Bildung angesprochen ist in diesem Satz, ich glaube, wir können stolz sein darauf, dass Graz sich zum größten Fachhochschulstandort Österreichs entwickelt hat. Wir können stolz sein darauf, dass weit über 50.000 Studierende das Bild dieser Stadt prägen und wir können stolz sein auf ein außerordentlich breites, auch außeruniversitäres Bildungsangebot. Genau das ist der fruchtbare Boden, der Humus, wenn Sie so wollen, für eine Standortqualität, für eine Standortqualität, die Menschen hierher holt und die Menschen hier bleiben lässt. Und das ist auch die Standortqualität, die Betriebe und Unternehmen hier schätzen. Nicht nur die großen, auch die vielen schon erwähnten Neugründungen, die vielen kleinen Spinoffs von den Universitäten, die im High-Tech- und bis hin zum Nanotechnologiebereich weltweit erfolgreich sind mit ihren Forschungs- und Entwicklungsergebnissen. Aber blicken wir noch einmal zurück auf diesen Weg, der bisher gegangen wurde. Der städtische Rechnungsabschluss, den wir heute beschlossen haben, weist, wie Sie gehört haben, zum zweiten Mal einen Überschuss aus, sogar 13 Millionen über Budget, insgesamt 35 Millionen. Auch der City-Benchmark-Bericht, den wir im Kontrollausschuss vor kurzer Zeit diskutiert haben und der heute zur Beschlussfassung noch vorliegt, der bescheinigt eine sehr positive Entwicklung bei allen dort analysierten Indikatorengruppen gegenüber anderen österreichischen Städten. Diese Indikatoren, das sind wiederkehrende Einnahmen, wiederkehrende Ausgaben, Gebarungsstruktur und Kennzahlen betreffend die finanzielle Leistungsfähigkeit, diese Kennzahlen lagen 2005 noch ungünstiger. Graz lag bei den Referenzwerten schlechter als andere Städte. 2011, wie dem Bericht zu entnehmen ist, liegt Graz schon über den Vergleichswerten der anderen Städte. Und eines möchte ich an dieser Stelle wiederholen. Gerhard Rüscher hat das heute schon angedeutet. Der Stadtrechnungshof hat diese Analyse auf der Grundlage der vom KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschungen entwickelten Indikatoren der Bonitäts- und Risikoanalyse österreichischer Gemeinden gemacht, so schön, so gut, klingt trocken. Aber eine, wie ich meine, noch viel aussagekräftigere Vergleichsvariante wäre auf Basis konsolidierter Abschlussdaten zu vergleichen. Das war schlicht nicht möglich.

Warum? Wir haben es gehört, es gibt diese Daten in anderen Städten einfach nicht. Graz ist hier, das kann nicht oft genug erwähnt werden, wenn Sie so wollen Staatsmeister. Graz ist hier Vorreiter, was Transparenz von Budgets betrifft (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte anlässlich der Diskussion um einen Doppelbudgetbeschluss, der zwei Milliarden Euro bewegt, auch noch kurz einen Blick auf die Rahmenbedingungen, in denen wir uns befinden, machen. Eine Stadt, deren Menschen Arbeit in Betrieben finden, die wiederum von Märkten abhängig sind, kann einfach nicht isoliert betrachtet werden. Es ist kein wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Mikrokosmos. Herr Stadtrat hat ja auch schon den europäischen und den österreichischen Aspekt angesprochen. Wir haben im Jahr 2011 weltweit ein reales Wachstum gesehen von 2,7 %. 2012 waren es 0,8 %. Wir wissen, dass vor diesem Hintergrund, es ist schon angesprochen worden, nahezu alle EU-Mitgliedsstaaten eine restriktive Finanzpolitik machen müssen. Sie sind zum Sparen gezwungen die öffentlichen Hände, und wenn die öffentliche Hand weniger investiert, hat das natürlich negative Nachfrageeffekte und da sind natürlich die österreichischen Märkte, die österreichischen Exportgütermärkte sehr beeinflusst davon. Die steirische Wirtschaft hat eine überdurchschnittlich hohe Exportorientierung, das bedeutet, die steirische und damit auch die Grazer Wirtschaft spürt solche Entwicklungen durchaus stärker als der österreichische Markt. Dennoch, meine Damen und Herren, die Zahl ist heute schon erwähnt worden, dennoch stieg das Kommunalsteueraufkommen, das die etwa 12.000 Grazer Betriebe leisten und abliefern, als eine der wichtigen Einnahmequellen der Stadt 2012 um 2,2 % auf beachtliche 106 Millionen Euro. Hauptverantwortlich dafür sind die in der Wirtschaftsstrategie Graz 2015 definierten Grazer Stärkefelder. Es sind dies, wie Sie wissen, die Human- und Biotechnologie, der Automotivebereich, der Energie- und Umweltbereich, Stichwort Eco World Styria, ein Erfolgsmodell, und natürlich auch die Kreativwirtschaft. Die vorhin erwähnten Standortqualitäten der Stadt weiterhin sicherzustellen und auszubauen und für Gründer und schon ansässige Betriebe zu sichern, ist sicher eine der großen Aufgabenstellungen für die kommenden Jahre. Und weil ich die Kreativwirtschaft angesprochen habe. Ich lese in

den Medien in den vergangenen Tagen eine Kritik an der Kürzung der Eckwerte um dieses eine Prozent 2014 und drei Prozent ab 2015, ich glaube, sie kam von den Grünen, wenn ich mich richtig erinnere. Ich halte Ihnen etwas entgegen zu dieser Kritik, ich halte Ihnen entgegen einen Auszug aus einer Potentialanalyse, die nicht irgendwer gemacht hat, sondern Mathias Horx mit Joanneum Research gemeinsam, und dort steht nachzulesen: „Kreativität und Selbständigkeit als Grundprinzip springt zunehmend auf die konventionelle Arbeitswelt über. Konventionelle Berufe bilden also zunehmend eine Schnittmenge mit den klassischen Kreativen.“ Meine Damen und Herren, sprechen wir doch nicht mit solchen Aussagen unseren Verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Management im Hause Graz die Kreativität ab oder kreativ genug zu sein ab, um dieses Potential für die Ein-Prozent-Ersparnis finden zu können und das auch umzusetzen. Das ist nicht Sparen nach dem Rasenmäherprinzip, wie gesagt wurde, sondern das ist Sparen in den Eckwerten, dort gibt es Platz für Kreativität, für kreative Änderungen und für Optimierungen (*Applaus ÖVP*).

Ich habe Ihnen anhand von Beispielen erläutert, warum ich diesen Sanierungspfad, den wir unter der Gesamtverantwortung von Bürgermeister Nagl und vom Stadtrat Rüschi gehen, für richtig, wichtig und gut halte. Nur mit der Optimierung der Kosten des laufenden Betriebes wird sich das hohe Investitionsniveau und das hohe Niveau der städtischen Dienstleistungen halten lassen. Das ist das Ziel und das kommt allen Grazerinnen und Grazern in der nächsten Generation auch zugute.

Wir wollen mit diesem Budget den Grazerinnen und Grazern einmal mehr zeigen, dass sie darauf vertrauen können, dass Steuern und Gebühren nicht in irgendeiner Retroverwaltung versickern, sondern für Leistungen und für Investitionen, die den Bürgern wieder zugutekommen, verwendet werden (*Applaus ÖVP*).

Besonders steil und unwegsam ist unser Pfad natürlich im Bereich der Investitionen, die Ziffern sind genannt worden, die Projekte sind genannt worden. 30 Millionen von 250 stehen für 2013 und 2014 noch zur Verfügung.

Und die Stabilitätspartnerschaft haben vereinbart, dass sie jedes neue Projekt bis 2017 ganz besonders sorgfältig prüfen und hinterfragen werden und aktuell diskutieren

werden. Ich glaube, das ist ganz einfach Ausdruck einer ganz besonderen Kultur des Maßhaltens, aber auch der gemeinsamen stabilitätsorientierten Budgetsorgfalt, die man sich auch gemeinsam vorgenommen hat.

Ich möchte zum Stichwort Investitionen ein Beispiel noch am Ende meiner Ausführungen bringen. Wir haben vor einigen Jahren im Gemeinderat das Thema Messe, Umstrukturierung der Messe, Investitionen in die Messe diskutiert. Die KPÖ war auch hier in Frontalopposition, der Gemeinderat hat mehrheitlich diese Maßnahmen, diese Beschlüsse und diese Investitionen beschlossen. Heute darf ich sagen, das ist eine Erfolgsgeschichte geworden, wir haben zum dritten Mal hintereinander über 900.000 Nächtigungen in unserer Stadt, 943.000 Nächtigungen waren es 2012, ein Plus von 3,9 %. Das kommt nicht nur von Städtereisenden, 50 % dieses Volumens kommt aus dem Geschäfts- und Kongresstourismus und wir müssen dankbar dafür sein, dass die Universitäten, aber auch die Grazer Leitbetriebe immer wieder Organisatoren und Gastgeber von hochkarätigsten internationalen Kongressen und Tagungen sind und so den von uns aufbereiteten Boden der Kongressinfrastruktur so gut nutzen (*Applaus ÖVP*). Ein Wort dazu, die Hotellerie und die Gastronomie bieten hunderte neue Arbeitsplätze aufgrund dieser Entwicklungen.

Ich darf zum Ende kommen und mir fällt hier ein Wort von Theo Waigl ein, der vor wenigen Tagen bei einer Podiumsdiskussion gesagt hat, einerseits hat er gesagt zwei wichtige Dinge: „Es wäre ein Segen für Europa, wenn alle Politiker einmal ein paar Tage den Mund halten würden“, kann ich in Kürze erfüllen, weil ich am Ende meiner Ausführungen bin. Aber die zweite Aussage Waigls, die wollte ich heute erwähnen, die hat ohnehin mehr Bedeutung heute und das ist: „Es führt einfach kein Weg an einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik und an stabilitätsorientierten Budgetmaßnahmen vorbei.“ (*Applaus ÖVP*). Unser Tun, meine Damen und Herren, sollte getragen werden vom gemeinsamen Bekenntnis, der nächsten Generation eine lebenswerte und leistungsfähige Stadt zu übergeben und auch weiterhin Entscheidungen zu treffen, die uns in diese Richtung weiterbringen (*Applaus ÖVP*),

auch wenn wir hier heute nicht nur einstimmige Beschlüsse fassen werden. Das ist, meine Erachtens gut so, weil unsere Demokratie und das Zusammenleben von verschiedenen gesellschaftspolitischen Positionen und nicht von falscher Harmonie getragen werden.

Ich bedanke mich am Ende und schon überzogener Redezeit, ich sehe es, aber lassen Sie mich den Dank noch fertigmachen. Auch natürlich bei der Finanzdirektion, bei Mister Budget Michael Kicker, bei Dr. Karl Kamper als Finanzdirektor, dem ganzen Team der Finanzdirektion, ich bedanke mich auch bei Gerhard Rüschi, bei dir und deinem Team für das hervorragende und riesige Pensum, das erledigt wurde, danke für diese tolle Arbeit.

Ich darf Ihnen sagen, dass die ÖVP diesem Budgetbeschluss selbstverständlich zustimmen wird, lade Sie ein, das auch zu tun und ich bedanke mich auch für Ihre Aufmerksamkeit. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

K P Ö

Gemeinderat Ingeborg B E R G M A N N

Nachdem Kollege Frölich die Kreativität so hervorgehoben hat, möchte ich eigentlich den Übertitel meiner Budgetrede doch bekanntgeben und zwar „Budgetsanierung, auch budgetäre Kreativität hat ihre Grenzen“.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Budgetreden sind jährlich eine Art Rückblick und auch eine Bestandsaufnahme über die Politik, die gemacht wurde und wird in einer Stadt.

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzdirektion, des Stadtrechnungshofes und bei allen anderen Abteilungen für die geleistete Arbeit bedanken. Ihre Arbeit, sehr geehrte Damen und Herren, ist für uns eine große Unterstützung im Gemeinderat, sie ist sehr wichtig, denn ohne Ihre Arbeit könnten wir viele Entscheidungen hier nicht treffen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Das Budget der Stadt Graz kann natürlich nicht losgelöst von den vorherrschenden Rahmenbedingungen in der EU und in Österreich gesehen werden.

Die Finanzkrise wurde zwar aus den Medien in den letzten Monaten etwas weggezaubert, ist aber mit voller Härte noch immer da. Immer mehr Staaten kommen in die Situation, für ihre Banken Geld locker zu machen und dieses dann bei der Bevölkerung einzutreiben. Heute geht es nicht mehr wie 2012 vorwiegend um Griechenland, auch Spanien, wenn Sie den Bericht gestern Abend im Fernsehen gesehen haben, Portugal, Zypern, Italien und nicht zuletzt jetzt auch Slowenien sind in großen Schwierigkeiten und werden von Seiten der EU gezwungen, massive Einsparungen bei der Bevölkerung zu tätigen.

Auch Österreich ist keine Insel der Seligen, zwar keine Kanalinsel, aber keine Insel der Seligen. Das Sparprogramm der Regierung wird in allen Bereichen beinhart

durchgezogen, das sieht man auch hier in der Steiermark. Haben viele Österreicher und Österreicherinnen vor zwei Jahren noch nicht wirklich daran geglaubt, dass es auch sie treffen kann, so spüren sie es heute ganz konkret in Ihrer Geldtasche. Für viele Menschen reicht ihr Einkommen gerade mal aus, um über die Runden zu kommen. Mehr Extras sind nicht drinnen. Die Unterschiede zwischen dem Mittelstand und den unteren Einkommenschichten werden kleiner und immer mehr Menschen rutschen in die Armutsgrenze.

Laut den letzten Meldungen des AMS ist die Arbeitslosigkeit auch im Grazer Raum so hoch wie noch nie. Für viele Arbeitslose gibt es kaum Hoffnung, in nächster Zeit überhaupt Arbeit zu bekommen. Immer mehr hochqualifizierte und gutausgebildete Menschen finden keine Arbeit. Eingespart wird bei Firmen und auch in der Stadt Graz vorwiegend beim Personal. Immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse werden angeboten, auch von der Stadt, und nur mehr die Mindestlöhne bezahlt. Viele brauchen heute mehrere Jobs, um über die Runden zu kommen. Diese sind jedoch kaum mehr zu bekommen. Wen wundert es da, wenn die Kosten für Sozialausgaben steigen?

Geld ist durchaus vorhanden, dies zeigen die vielen Korruptionsfälle in Österreich und die satten Gewinne von Unternehmen im Jahr 2012. Schmiergelder und undurchsichtige Beraterhonorare in mehrstelligen Millionenbeträgen fließen kreuz und quer zwischen großen Unternehmen und hochrangigen Politikern.

Eine höhere Besteuerung von großen Vermögen wird genau von diesen Politikern in Österreich vehement abgelehnt. Jetzt frage ich, warum wohl?

Die budgetäre Situation in Österreich und vielen anderen Ländern könnte mit einer gerechten Umverteilung, Herr Frölich, der Finanzmittel durchaus in den Griff bekommen werden.

Das ungerechte Steuersystem und die ungleiche Aufteilung der Steuereinnahmen durch den Finanzausgleich will aber in Österreich niemand antasten. Hier wäre aber des Rätsels Lösung. Viele Anregungen des Österreichischen Städtebundes und Erfahrungen aus dem Ausland werden einfach in den Wind geschlagen.

Zu wirklichen umfassenden Reformen ist man gar nicht bereit.

Stattdessen werden Länder, Städte und Gemeinden immer mehr zu Finanztricksereien und Spekulationen gezwungen, damit sie ihre Aufgaben überhaupt noch erfüllen können. Die Vorkommnisse im Land Salzburg sind nur die Spitze eines Eisberges, siehe Linz und Niederösterreich zum Beispiel, wo ebenfalls öffentliches Geld in Millionenhöhe verspekuliert wurde.

Nun zum Grazer Budget

Seit zehn Jahren habe ich die Möglichkeit, die Budgetkonsolidierung in diesem Haus mitzuverfolgen.

Viele schöne Reden wurden geschwungen und haben eine baldige Lösung vorangekündigt. Es wurde auch vieles ausprobiert und kaum mehr rückgängige Beschlüsse gefasst.

Die Kritik der KPÖ hat sich für uns immer wieder bestätigt.

Zu Beginn meines Wirkens im Gemeinderat kam die Verwaltungsreform 2000, mit der man eine effektivere und schlankere Verwaltung erreichen wollte. Dann die Aufgabenkritik: Die Ämter bekamen ihre eigenen Budgets und wurden zu Einsparungen angehalten. Danach wurden die Eckwerte eingeführt, die jährlich gekürzt wurden und nun zum Teil wieder angepasst werden müssen, da man die Grenzen des Machbaren erreicht hat. Mit dem neu geschaffenen Haus Graz hat man die größte Umgestaltung und die gesamte Auslagerung der Daseinsvorsorge in den privatrechtlichen Bereich getätigt.

Mit insgesamt elf Immobilienpaketen wurde das gesamte Liegenschafts- und Immobilienvermögen ausgelagert und mit Krediten belastet.

2011 kam die frohe Botschaft, die Ausgaben der ordentlichen Gebarung konnten seit vielen Jahren wieder mit den Einmaleffekt-Einnahmen gedeckt werden und nicht mit Fremdmittelaufnahmen. Die freie Finanzspitze war 2011, das heißt, das Investitionsvolumen, das zur Verfügung steht, mit 2,58 Millionen wieder im Plus. Und somit gab es freie Fahrt für Investitionen.

Die Übernahme des gesamten Reininghaus-Grundstückes der Asset One mit einer Schuldenlast von ca. 70 Millionen Euro wurde damals ins Auge gefasst, denn daraus

hätte man ja Gewinne abschöpfen können. Vom heutigen Standpunkt nicht auszudenken, wenn dieser Deal wirklich stattgefunden hätte.

Denn 2012 sieht das Ergebnis schon etwas anders aus. Auch wenn du, lieber Kollege Wohlfahrt, das hier sehr positiv vorgestellt hast.

Wie sieht dieser Rechnungsabschluss aus? Durch einmalige Einnahmen wie das allerletzte Immobilienpaket in Höhe von 8,5 Millionen Euro, mit sogenannten Gewinnentnahmen aus Beteiligungen in Höhe von ca. 11 Millionen Euro, diese Gewinnentnahmen sind aber in Wirklichkeit nur Umschichtungen zu Lasten des Eigenkapitals, die letzte Zahlung der Holding zur Ablöse der Pensionslasten in Höhe von 33,8 Millionen Euro und massive Rücklagenentnahmen aus der Ausgleichsrücklage konnten das Ergebnis positiv halten.

In diesem Jahr waren auch zunehmende Probleme mit Banken bezüglich der Kreditkosten und letztendlich sofort fällig gestellte Darlehen zwangen die Stadt zu einer immensen Tilgungsrate von über 50 Millionen Euro.

2012 wurden auch erstmals Darlehen und Anleihen von Investmentbanken aufgenommen, welche der Stadt zwar jetzt und in den nächsten Jahren keine jährliche Tilgung abverlangen, sondern in zehn Jahren und in 20 Jahren auf einmal zurückbezahlt werden müssen. Wohin dieser Weg uns führt, das wird sich noch weisen.

Das Budget 2013/14

Wohin geht die Reise in den nächsten Jahren?

Die Zahlen haben wir schön präsentiert bekommen. Die Stadt Graz wird in den nächsten Jahren um 30.000 Menschen wachsen. Diese Nachricht wird allseits verkündet und das Baugeschäft boomt wie nie zuvor in unserer Stadt. Welche Herausforderungen für die Stadt jedoch damit verbunden und wie viel Wachstum unsere Stadt wirklich verträgt - darüber wird nicht viel geredet.

Mehr Einwohner und Einwohnerinnen heißt mehr Einnahmen aus dem Finanzausgleich, aber diese Mehreinnahmen sind mit Vorsicht zu betrachten. Mehr Einwohner verursachen aber auch mehr laufende Ausgaben.

Viele Einnahmen stehen im kommenden Budget nicht mehr zur Verfügung. So etwa die 33 Millionen für die Pensionsabschlagszahlungen, die wird es nicht mehr geben. Weiters sind alle Immobilien und Liegenschaften bereits belastet. Die Ausgleichrücklage ist mehr oder weniger leer. Die Eigenkapitaldecken der Beteiligungen wurden ebenfalls schon nach unten korrigiert. Bleiben eben nur mehr etwaige Finanztransaktionen zwischen den Beteiligungen und der Stadt. Finanzmittel werden aufgenommen und hin- und hertransferiert.

Die Übersicht über solche Finanztransaktionen wird immer komplizierter und beschränkt sich eigentlich nur mehr auf das Wissen von einigen wenigen MitarbeiterInnen der Finanzdirektion. Das birgt in Zukunft mit Sicherheit Gefahren in sich.

Liegenschaften werden jetzt durchforstet und echte Verkäufe geprüft. Allein in der GBG wurden bereits Liegenschaften und Immobilien im Wert von 7,2 Millionen vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen übertragen und somit zum Verkauf vorbereitet.

Mit der Deckelung der Schuldenobergrenze auf 1,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2017 geht die Erhöhung der Schulden vorerst jährlich weiter.

Auch wenn ÖVP, SPÖ und Grüne in der Vergangenheit immer wieder betont haben, wir dürften die nächsten Generationen nicht mit Schulden belasten, so haben sie das in den letzten Jahren eindeutig getan. Das bereits beschlossene Investitionsvolumen hat den Rahmen bereits gesprengt und erlaubt in Zukunft keine größeren Projekte mehr. Projekte werden jetzt bereits fixiert und in den Zeitraum nach 2017 verschoben. Wie zum Beispiel der durchaus umstrittene Sammelkanal an der Mur mit ca. 52 Millionen Euro und der Bau der Südwestlinie.

Mit einem AOG-Rahmen von ca. 100 Millionen Euro bis zum Jahr 2017 - wobei für 2013 nur mehr 13 Millionen und für 2014 15 Millionen vorgesehen sind - sind nur mehr sehr kleine Projekte möglich.

Trotz dieses schmalen Rahmens hat man sich auf keine Schwerpunkte einigen können. Die Gefahr, dass jene Projekte zur Umsetzung kommen, die jetzt schneller

beantragt und beschlossen werden, und nicht jene, die für die Bevölkerung wichtig und dringend sind.

So war es in den Budgetverhandlungen nicht möglich, Gelder für Grundstücksankäufe in den Jahren 2013/14 für den kommunalen Wohnbau zu veranschlagen.

Leistbarer Wohnraum ist zurzeit in aller Munde, Bund, Länder, auch hier im Gemeinderat. Alle Parteien wollen hier im Gemeinderat mit Anträgen und Vorschlägen das Thema Wohnen jetzt neu definieren. Die einzige Alternative für die Stadt ist, selber für kostengünstige Wohnungen zu sorgen und dazu braucht es geeignete Grundstücke. Lippenbekenntnisse, meine Damen und Herren, helfen hier nicht weiter und lösen die Probleme für viele Menschen nicht (*Applaus KPÖ*).

Das hier vorgelegte Budget zeigt deutlich, wohin in Zukunft der Weg führt.

Es beinhaltet eine weitere Einsparung im Personalbereich, wie der Dienstpostenplan zeigt. Auch wenn es zu keiner Kündigungswelle wie in der Privatwirtschaft kommt, so werden doch viele Dienstposten nicht mehr nachbesetzt und der Arbeitsdruck auf die restlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt kontinuierlich.

Unter dem Motto, wie wir das auch heute schon gehört haben, „mehr Qualität, effektivere Leistung und weniger Kosten“ orientiert man sich im Haus Graz in Zukunft immer öfter an den Mindestlöhnen in den jeweiligen Kollektivverträgen und lagert weiter Personal aus. Gleichzeitig können Einnahmen aus Dienstleistungen in der GBG nicht lukriert werden, weil bereits Personal fehlt.

Bei den Sozialleistungen wird in Zukunft vorwiegend der gesetzliche Pflichtbereich erfüllt werden und dieser wird vom Gesetzgeber immer weniger, da verstärkt die Ausgaben dafür gedeckelt werden.

Die Einführung von sozialen Staffelungen in den einzelnen Bereichen ist nur Schein, Leistungen gibt es ohnehin nur mehr für Menschen, die bereits schon nichts mehr haben.

Die Tarife und Gebühren werden in Zukunft regelmäßig erhöht und die Grazer Haushalte entsprechend belasten. Die Wohnungskosten werden durch steigende Betriebskosten weiterhin in die Höhe schnellen. Hier helfen auch alle Diskussionen

dazu nichts. Hier könnte die Stadt ihr Verantwortungsbewusstsein zeigen und nicht nur der Bau-Lobby gegenüber.

Das Wahlergebnis der letzten Gemeinderatswahl hat gezeigt, dass viele Menschen in Graz mit dieser Politik nicht mehr einverstanden sind und haben, für Österreich nicht üblich, die KPÖ zur zweitstärksten Fraktion in diesem Gemeinderat gemacht (*Applaus KPÖ*).

Trotzdem wurde das Gespräch mit der KPÖ nur pro forma geführt. Die Verliererparteien haben sich wieder geeinigt und führen ihre Politik wie gehabt weiter. Der KPÖ wird, wie wir auch heute schon gehört haben, immer wieder vorgeworfen, sie übernimmt keine Verantwortung und fordert nur, ohne Vorschläge zur Finanzierung ihrer Forderungen zu machen. Fakt ist aber: Unsere Vorschläge wollte man nicht hören und schon gar nicht sich damit auseinandersetzen.

Wir werden uns jedoch auch weiterhin in diesem Gemeinderat für jene Menschen einsetzen, die keine Lobby hinter sich haben und Hilfe benötigen und das tun, was wir unseren Wählern und Wählerinnen versprochen haben (*Applaus KPÖ*).

Und zum Schluss möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ein Geschenk überreichen, obwohl die Budgetsitzung heuer im Mai stattfindet und nicht in der Vorweihnachtszeit. Es sind 5.000 Unterschriften von Menschen, denen die Gebührenerhöhungen durchaus Schmerzen bereiten. Wir hoffen, dass Sie sich damit auseinandersetzen können, wir haben in diesem Fall auch einen Bedeckungsvorschlag, Herr Bürgermeister. Die Gebührenerhöhungen machen rund 2,5 Millionen Euro aus. Wenn Sie heute in der Subventionsliste nachsehen, dann wurde die Parteienförderung um über 2,3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Stimmt nicht.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Das stimmt nicht, es ist gelogen.

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** 2,3 Millionen Euro steht drinnen, im Jahr.

Bgm. Mag. **Nagl:** Das ist falsch.

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Dann steht es falsch im Budget drinnen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Sie haben es falsch interpretiert.

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** 800.000 Euro, die heute in der Zeitung propagiert wurden, für die Freifahrt am Samstag hätten wir schon einen Teil der Gebührenerhöhung (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Es sind verschiedene Budgetpositionen gewesen. Jetzt gibt es aufgrund der Transparenz nur mehr eine und ich glaube, dass Sie das wissen und dass Sie das jetzt da hier falsch in den Raum stellen; wenn Sie es nicht wissen, würde es mich wundern, weil Sie seit vielen Jahren ja auch im Budgetbereich mitdiskutieren

und Sie sollten eigentlich die gesamten Budgetpositionen, die es gegeben hat, zusammenzählen und jetzt nicht da im Gemeinderatssaal eine Verdoppelung und Ziffern ankündigen, die nicht stimmen. Sie wissen, dass es mehrere Töpfe gegeben hat oder ist das für Sie jetzt neu (*Applaus ÖVP*)?

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Bergmann unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dazu kommen wir noch, wir kommen genau dazu, dass sich die KPÖ verdoppeln würde aber das werden wir ja heute noch besprechen. Ich glaube, als einzige Fraktion würde, sie sogar die doppelte Summe bekommen, aber wir werden heute noch drüber sprechen. Mir ist es wichtig, Sie haben mich angesprochen, Sie haben mir was überreicht, ich traue mich wetten, wenn wir diesen Menschen auch hingelegt hätten und sagen würden, dass wir diese Erhöhungen, Sie haben es überreicht und ich mir das schnell durchgelesen, was Sie denn den Menschen dort hingelegt haben und gesagt haben, die Teuerung muss gestoppt werden. Wenn man den Menschen dazugesagt hätte, dass diese Gebührenerhöhungen dazu notwendig sind, dass die Menschen, die in diesen Bereichen als Kanalarbeiter, als Müllarbeiter usw. arbeiten, auch eine Lohnerhöhung wollen, wenn Sie dazugesagt hätten und dazugeschrieben hätten oder eine zweite Liste gemacht hätten, wo draufgestanden wäre, dass unser Kanalnetz, unsere Infrastrukturleistungen jedes Jahr verbessert und ausgebaut werden, weil wir auch wachsen, dann hätten die Leute gesagt, das unterschreibe ich auch gerne. Also es ist immer nur die Hälfte, die man hinlegt. Das ist so und wir haben darüber hinaus, dazu kommen wir heute auch noch, eine Abfederung für jene Menschen fast zu 100 Prozent geschaffen, die diese Gebührenerhöhungen kriegen. Das haben Sie den Leuten auch nicht hingelegt (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*) und deswegen fehlt einfach was. Und das ist, liebe Frau

Bergmann, das ist die Kritik vieler politischer Mitbewerberinnen und Mitbewerber an der Haltung der KPÖ, die immer nur Teilbereiche, die populistisch sind und gut sind, den anderen hinlegen kann und sagen kann, schaut, was die Bösen alles tun. Nachhaltig und ganzheitlich zu denken ist das, was gefordert wird, auch von Parteien, die so viele Prozente bekommen haben, wie Sie es bei der letzten Wahl bekommen haben, auch schon einmal hatten, dann wieder weniger hatten. Wir haben die Lektion gelernt, wenn ich das so sagen darf, aber ich werde das alles dann später ausführen. Ich freue mich richtig schon auch, darauf hinzuweisen, wie denn kommunistische Politik weltweit zu sehen ist, aber dazu komme ich ja leider erst viel, viel später dran (*Applaus ÖVP, FPÖ und SPÖ*).

SPÖ

Gemeinderat Michael GROSSMANN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchergalerie, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach so einer emotional geführten Debatte, wie sie ja gehört zu einer Budgetdebatte, als solches ist es natürlich schwierig. Ich werde versuchen, wieder zu unserem Thema des Budgetvoranschläges 2013 und 2014 zurückzufinden und bin der Überzeugung, dass der Herr Bürgermeister dann in seiner Rede als Stadtsenatsmitglied auch noch intensiv auf die schon angekündigte Fragestellung der Vorstellung kommunistischer Wirtschaftspolitik intensiv eingehen wird. Ich habe das ja in der Rede an und für sich nicht vorbereitet, aber ich denke, dass das sicher noch eine unglaublich spannende Diskussion sein kann.

In Summe gesehen glaube ich, dass es entscheidend ist, wenn wir über den Budgetvoranschlag 2013 und 2014 für die Stadt Graz reden, natürlich nicht nur die Stadt Graz als solches und alleine zu betrachten, sondern die Stadt Graz eingebettet zu sehen in Fragestellungen europäischer Wirtschaftssituationen, gesamteuropäischer Budgetsituationen, natürlich auch österreichischer und steirischer Budgetpolitik. Wir sind nicht losgelöst als Stadt von den Entwicklungen, die uns rundherum begleiten. Wenn wir Europa betrachten, dann haben wir Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, die uns tiefe Sorgen bereiten und die uns natürlich auch schmerzvoll sozusagen an diesem Tag in Erinnerung und im Gedanken sein müssen. Wir haben Länder in der Europäischen Union, die durch eine, würde ich sagen, wenig verantwortungsvoll geführte Budgetpolitik in vergangenen Jahren, heute in Situationen sind, dass sie nicht mehr zahlungsfähig sind, dass sie nicht mehr in der Lage sind, sich am internationalen Kapitalmarkt zu refinanzieren, dass sie nicht mehr in der Lage sind, Gehälter auszuzahlen, nicht einmal mehr an die Bediensteten

in der öffentlichen Verwaltung. Das sind Zustände, die wir nicht akzeptieren dürfen. Wir sind in Österreich hier auf einem guten Weg. Ich möchte den viel zitierten Satz der Insel der Seligen nicht strapazieren, so gut geht es uns denn dann auch nicht, aber jedenfalls ist es so, dass wir in einem völlig anderen Gesamtzusammenhang hier in Österreich über Budgetpolitik diskutieren dürfen (*Applaus SPÖ*). Letztendlich ist es so, dass wir mit unserem Budget, das wir hier in der Stadt beschließen für zwei Jahre, mit einem Gesamtvolumen von knapp zwei Milliarden Euro, natürlich auch unglaublich viel bewegen. Dass wir viele Aufgaben zu erfüllen haben und dass wir uns natürlich auch in Fragen der Budgetpolitik nicht nur mit der Frage des konkreten Zahlenmaterials auseinandersetzen dürfen, sondern uns auch immer wieder die Frage stellen dürfen, welche politischen Grundhaltungen, welche Werthaltungen und welche Zielvorstellungen stehen denn im Hintergrund? Was begleitet uns sozusagen, welche Ziele wollen wir erreichen und welche Werte bilden die Basis, auf dieser Basis, auf der wir dann aufbauen können, um mit dem Zahlenwerk sozusagen ein Stück weit auch Politik und politische Inhalte dann auch im Budget gegossen zu erleben. Natürlich, wie der Kollege Frölich gesagt hat, geht es darum, dass gegossen etwas sehr Statisches wäre. Wir finden ja auch nur eine Einschätzung mit Budgets. Wir diskutieren heute sehr intensiv, sehr emotional, wir werden wahrscheinlich über eine Frage, die eine ganz, ganz winzige Darstellung der Summe sozusagen im Budget, sehr intensiv diskutieren und sehr ausführlich darüber reden. Wir werden wahrscheinlich weniger über die Millionen, über die 530 Millionen, die wir im Plan haben, bis 2017 zu investieren, diskutieren. Es ist interessant, dass sich manches Mal in der Debatte über Budgetzahlen einige geringere Zahlenmaterialien mit quasi größerer politischer Sprengkraft hier in den Vordergrund drängen, dass aber Maßnahmen, die von der Stadt Graz hier mit diesem Doppelbudget beschlossen werden, die unglaubliche Impulskraft für die Entwicklung dieser Stadt haben, die die Lebensqualität der Menschen in dieser intensiv verbessern, die auch die Wirtschaftsleistung dieser Stadt verbessern und in diesem Ausmaß selbstverständlich, und das ist uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig, dafür Sorge tragen, dass Arbeitsplätze erhalten, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden und dass

damit Beschäftigung, Kaufkraft und damit Wohlstand in dieser Stadt auch in Zukunft gesichert ist. Ich denke, das muss unser Grundprinzip sein in der Budgetgestaltung (*Applaus SPÖ*).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Budgetgestaltung bedeutet natürlich, einige grundlegende Dinge zu berücksichtigen. Ich glaube, dass in unserer Zeit, ich habe angeschnitten die Budgetsituation anderer europäischer Länder, aber auch die durchaus angespannte budgetäre Situation in Österreich darf uns nicht ganz gleichgültig sein. Wir erleben seit 2010 den Konsolidierungskurs im Land Steiermark, der durchaus schmerzhaft ist, der auch in einem sozialdemokratischen Herz nicht nur Freude auslösen kann, weil würde eigentlich dem Grundsatz sozialdemokratischen Politikverständnisses widersprechen. Aber dieser Konsolidierungskurs, der auf Landesebene dort und da intensiver, in anderen Bereichen nicht so intensiv, diskutiert wird und einschneidende und schmerzhaft Maßnahmen bedeutet hat, hat auch ein Gesamtziel, das er verfolgt. Dieser Konsolidierungskurs verfolgt das Ziel, für zukünftige Generationen, zukünftige Legislaturperioden, zukünftige Budgetstellungen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Ich denke, es ist wichtig, nicht nur im Land Steiermark, sondern jetzt zurückkehrend auf die Stadt Graz, dass es uns gelingt, in unserer Budgetpolitik vorausschauend zu arbeiten, um auch für die Zukunft Handlungsspielräume, um Impulse setzen zu können, zurückzugewinnen, Handlungsspielräume zu erweitern und Handlungsspielraum für die Budgetpolitik auch für künftige Regierungen sicherzustellen (*Applaus SPÖ*). Das bedeutet für uns in erster Linie, nicht nur ein Doppelbudget zu beschließen für die Jahre 2013 und 2014, sondern auch die Auswirkungen dieser Budgetbeschlüsse auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2017 und gegebenenfalls ein Stückweit darüber hinaus mitzubedenken. Beschlüsse und Entscheidungen, die wir heute treffen, werden uns in Zukunft in diesen schwierigen Zeiten, wo wir nicht davon ausgehen können, dass uns Geld im Übermaß zufließen wird, natürlich auch Handlungsspielräume einengen und Entscheidungen, die wir heute treffen, werden die Zukunft gestalten. Deshalb glaube ich, dass zwei Dinge entscheidend sind in der Budgetdiskussion und auch in der Diskussion über die Ziele der Investitionspolitik in der Stadt Graz.

Wir brauchen Augenmaß in der Verpflichtung, die wir heute eingehen, Investitionen zu beschließen, die in die Zukunft wirken, und weil das heute schon mehrfach Thema gewesen ist, die Frage, ja ist es denn gestattet, überhaupt Schulden zu machen als Gebietskörperschaft? Also dort, und der Herr Finanzstadtrat hat es ja intensiv ausgeführt, dort wo wir Investitionen in die Zukunft schaffen, Investitionen in die Infrastruktur schaffen, die es zukünftigen Generationen möglich macht, in guter Lebensqualität in dieser Stadt zu leben, sind Finanzierungen, die auch diese zukünftigen Generationen belasten, durchaus gerechtfertigt. Es sind auch Leistungen sozusagen, es sind ja Werte, die geschaffen werden, die zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen, die wir heute beschließen, die wir heute investieren, die dann aber auch der zukünftigen Generation zur Verfügung stehen. Und ich denke, hier brauchen wir das Augenmaß, dass wir diese Entscheidungen auch unter diesem Gesichtspunkt treffen. Investitionen, die wir heute finanzieren, wo wir unsere Budgets sozusagen ein Stückweit auch mit der Zinsbelastung belasten für diese Investitionen, müssen für die Zukunft ausgerichtet sein und müssen es zukünftigen Generationen ermöglichen, dann zu partizipieren von den Annehmlichkeiten dieser Investitionen (*Applaus SPÖ*).

Ich denke, in der Debatte, grundsätzlich in der politischen Debatte, ich glaube, dass das die, klingt so interessant immer, wenn wir dann von den Menschen draußen sprechen, also wenn das der Unterschied ist zwischen hier herinnen im Gemeinderatssaal und draußen sozusagen in der Stadt Graz ist das in Ordnung, wenn es eine Abgrenzung an und für sich zwischen der politischen Kaste auf der einen Seite ist, die in sich geschlossen diskutiert und den Menschen draußen, die dann von diesen Diskussionen und Diskussionsergebnissen betroffen sind, würde ich es nicht unterschreiben, dann wäre es ein falsch verstandenes Demokratieverständnis. Aber wenn wir davon ausgehen, dass uns die Menschen beobachten in unserer politischen Diskussion, in der Debatte über sachpolitische Entscheidungen, dann denke ich, ist in dieser Debatte auch etwas anzuwenden, was sich die Menschen von uns erwarten, nämlich auf der einen Seite verantwortungsbewusster Umgang mit der Verantwortung, die uns übertragen wurde, und ein Stückweit auch Mäßigung in der

Sprachregelung, die wir treffen, wenn wir dann über diese sachlichen Inhalte diskutieren. Ich möchte das insbesondere heute in dieser Budgetsitzung einbringen, dass ich glaube, dass viele Dinge sehr stark auch durchaus politisch strategisch überlegt mit mehr Emotion hinterlegt werden, als es eigentlich guttut und dass ich glaube, dass wir in der Diskussion über diese wichtigen Fragestellungen, die wir heute zu entscheiden haben, auch Mäßigung in der Führung der Debatte durchaus brauchen können (*Applaus SPÖ*).

Budgetpolitik braucht Weitblick, das habe ich schon erwähnt, wir müssen mit den Entscheidungen, die wir heute treffen, berücksichtigen, dass wir die Gemeinderatsperiode ausnutzend bis 2017 Auswirkungen haben. Darüberhinausgehend, dass wir Auswirkungen haben auf zukünftige Generationen, wir brauchen den Weitblick, das auch heute zu sehen und in unsere Überlegungen miteinzubinden und wir brauchen die Einsicht, dass es manches Mal nicht so einfach ist, selbst mit guten wissenschaftlichen Daten und in der Begleitung von hervorragenden Menschen, immer die Entwicklung der Zukunft vorabsehen zu können und erfahren zu können. Budgetpolitik und Politik insgesamt bedeutet, Einschätzungen zu treffen, möglichst verantwortungsbewusst Einschätzungen zu treffen heute, wie sich die Zukunft entwickeln könnte. Entscheidungen zu treffen heute, die diese Entwicklung positiv beeinflussen können, um die Lebensqualität für die Grazerinnen und für die Grazer zu erhöhen. Und wir brauchen den Mut, nicht nur über solche notwendigen und wichtigen Entscheidungen zu diskutieren, sondern auch solche notwendigen und wichtigen Entscheidungen zu treffen. Denn nur wenn wir Entscheidungen getroffen haben, können die Menschen davon auch etwas haben und können davon auch einen Benefit erleben (*Applaus SPÖ*).

Budgetpolitik aus sozialdemokratischer Sicht ist ausgerichtet auf die Impulskraft, die sie anwendet. Wenn wir uns das heute angehört haben, welche Investitionen wir geplant haben, Investitionen für die Jugend, große Investitionen in den Bildungsbereich, in die Sicherung des Bildungsstandortes der Stadt Graz, in den Ausbau von Schulen. Wir wissen, dass wir viel mehr zu tun haben, um unsere Schulen in der Stadt Graz auszubauen, aber wir haben die ersten Entscheidungen getroffen,

um in diese Richtung zu gehen. Wir investieren in den Bereich der Altersversorgung, wir investieren in den Bereich der Mobilität, in eine gesunde Umwelt, wir investieren glücklicherweise auch in mehr Gesundheit, in mehr gesunde Luft in dieser Stadt, mit einem intensiven Investitionsschwerpunkt auch in den Bereich des Ausbaues der Fernwärme, wir investieren in diesem Zusammenhang in mehr Lebensqualität für die Grazerinnen und die Grazer und in eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung in dieser Stadt (*Applaus SPÖ*).

Das Wachstum der Stadt, ist von der Frau Kollegin Bergmann schon angesprochen worden, ist etwas, über das sich die Stadtpolitik in der Regel freut, weil es mehr Geld über die Ertragsanteile in die Stadtkasse spült. Es ist aber auch in dieser Dimension, in der die Stadt wächst, für uns ein unglaublich großer Auftrag. Wir stoßen auch jetzt schon an die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir stoßen an die Leistungsfähigkeit auch unserer kommunalen Infrastruktur. Das bedeutet für uns, dass wir in Zukunft uns verstärkt darüber Gedanken machen müssen, wie wir mit dem Wachstum dieser Stadt umgehen, wie wir das Wachstum dieser Stadt managen wollen und wie wir verstärkt auch, und ich sage das auch heute von dieser Stelle aus, wie wir verstärkt auch die Kommunikation aufnehmen mit den Umlandgemeinden, um sie an diesem Wachstum entsprechend zu beteiligen. An den positiven Effekten des Wachstums genauso wie an der Verantwortung und der finanziellen Belastung, die aus diesem Wachstum heraus erwachsen wird. Ein großer Auftrag und keine leichte Angelegenheit für uns, dass wir sie erledigen können.

Aber eines bleibt uns nicht unbenommen, wir müssen auch ein wachsames Auge auf die Entwicklung der Ertragsanteile und des Finanzausgleiches haben. Wenn wir über Budgetpolitik in der Stadt Graz reden, dann muss uns bewusst sein, dass wir von Bundesebene als Stadt Graz bisher immer deutlich benachteiligt wurden. Eine wachsende Stadt, die zweitgrößte Stadt Österreichs kann es nicht weiter akzeptieren, über die Budgetpolitik des Bundes permanent benachteiligt zu werden. Das heißt, eine wichtige Aufgabe dieser Gemeinderatsperiode von uns allen gemeinsam wird sein, eine klare Forderung in den Finanzausgleichsverhandlungen aufzustellen, dass

die Benachteiligung der Stadt Graz im Finanzausgleich endlich ein Ende finden muss (*Applaus SPÖ*). Wir reden über 30 Millionen Euro im Jahr.

Abschließend möchte ich etwas sagen, was wahrscheinlich uns wohl heute hier wohltuend zur Kenntnis gebracht wurde im Vorliegen des gesamten Zahlenmaterials, aber was wir uns wahrscheinlich nicht vorstellen können, welcher Arbeitseinsatz das in Wahrheit wirklich gewesen ist. Den Rechnungsabschluss für 2012 vorzubereiten und ein Doppelbudget 2013 und 2014 aufzulegen und die mittelfristige Finanzplanung gemeinsam begleitend dazu auch vorstellen zu können, ist eine Leistung, die wirklich grandios ist und ein ganz, ganz großes Dankeschön von Seiten der Politik erfordert. Herzlichen Dank an die gesamte Finanzdirektion, an das gesamte Team, an alle Abteilungen, die mitgearbeitet haben, um es uns heute zu ermöglichen, über ein Doppelbudget 2013 und 2014 und den Jahresabschluss 2012 sprechen zu können. Herzlichen Dank, Herr Finanzdirektor Kamper, vielen Dank Michi Kicker und allen Kolleginnen und Kollegen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben. Vielen, vielen herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

Ich glaube, dass es auch in Zukunft nötig sein wird, mit Augenmaß und mit Weitsicht, mit Verantwortungsbewusstsein und mit Mut sich an der Gestaltung der Entwicklung dieser Stadt zu beteiligen. Das ist ein Auftrag, der an uns alle geht. Ich glaube, dass es in Zukunft auch notwendig sein wird, intensiv darüber zu diskutieren, wie wir aus den unterschiedlichen politischen Parteien heraus, aus den politischen Strömungen, die wir repräsentieren, heraus, uns diese Entwicklung vorstellen. Ich glaube, dass es aber uns allen auch eine Aufgabe ist und bei all dieser Diskussion nicht zu vergessen, dass wir gemeinsam in einer Stadt leben dürfen und für eine Stadt Verantwortung tragen dürfen, die zu den schönsten Städten, zu den lebenswertesten Städten, zu den Städten mit einer unglaublich hohen Lebensqualität zählt, dass unser Graz eine Stadt ist, in der wir gerne Heimat finden und in der wir Verantwortung übernehmen für alle, die in dieser Stadt Heimat gefunden haben und hier leben wollen, in einer gerechten, sozialen, wirtschaftlich starken und erfolgreichen Stadt Graz. Vielen herzlichen Danke (*Applaus SPÖ*).

FPÖ

Gemeinderat Mag. Armin S I P P E L

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen, hoher Gemeinderat, geschätzte Zuhörer auf der Galerie!

Die vergangenen fünf Jahre freiheitlicher Budgetpolitik standen unter dem Zeichen konstruktiver Kritik - konstruktiver Kritik unter dem Blickwinkel des Machbaren, des Notwendigen und der Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen der Grazer Bürger.

Kritik gab es von uns vor allem an zahlreichen Phantasieprojekten, an von uns attestiertem mangelnden Sparwillen und auch an einer unangebrachten Form von Budgetkosmetik. Hierbei ging es uns als FPÖ vor allem darum zu verhindern, dass sich nachfolgende Generationen, und mein Vorredner hat das ja schön auch angesprochen, die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern, die wir auch in Form der Budgetpolitik wahrnehmen sollten. Uns ging es darum zu verhindern, diesen Generationen einen unüberwindbaren Schuldenberg zu hinterlassen. Zu betonen ist hier besonders, dass einem stetig gestiegenen Schuldenstand eine permanent sinkende Quote an Eigenmitteln der Stadt gegenübersteht, das war in den letzten Jahren zu bemerken. Sprichwörtlich lässt sich also sagen, dass das Tafelsilber nahezu gänzlich veräußert worden ist, während gleichzeitig auch ein großer, ein riesiger Schuldenberg angehäuft wurde.

Diverse Liegenschaftspakete auf der einen und zahlreiche endfällige Schuldscheinverschreibungen der Stadt Graz auf der anderen Seite belegen diese Sicht der Dinge leider eindrucksvoll. Gegen diese Politik ist die FPÖ in der Vergangenheit vehement und entschlossen aufgetreten. Hierbei waren wir nicht nur warnende Stimme, sondern auch ein verantwortungsvolles Korrektiv.

Der gesamte Wahlkampf im November letzten Jahres stand unter dem thematischen Überbau von unserer Seite, nämlich der Betonung des Willens zur Sparsamkeit und auch von Anfang an der Bereitschaft, Verantwortung übernehmen zu wollen und

mitarbeiten zu wollen in dieser Stadt und natürlich auch unter der klaren Ansage beziehungsweise der klaren Absage in diesem Fall an unnötige Phantasie- und Prestigeprojekte. Die Wähler in Graz haben diesem Programm der FPÖ ihr Vertrauen geschenkt und somit unsere Position auch entscheidend gestärkt. Im Gegensatz zu einer anderen Grazer Partei, deren Zugewinne noch stärker waren als die unseren, haben wir Freiheitlichen uns der konstruktiven Zusammenarbeit nicht entzogen (*Applaus FPÖ*), wir haben keine ideologische Schneckenhauspolitik betrieben, wir haben uns inhaltlich eingebracht. Das Ergebnis, sehr geehrte Damen und Herren, mündete im Stabilitätspakt, den ÖVP, SPÖ und FPÖ gemeinsam ausgearbeitet und schlussendlich unterzeichnet haben.

Dieser Stabilitätspakt beinhaltet in sehr wesentlichen Punkten auch jene angesprochenen Forderungen der Grazer FPÖ und bildet damit auch die Ausgangslage für das heute zu beschließende Doppelbudget. Abermals verweise ich an dieser Stelle auf die Grundsätze der Sparsamkeit und der Effizienz, auf die Bereitschaft, Notwendiges tatsächlich in den politischen Alltag einfließen zu lassen und Phantasieprojekte hintanzustellen. Ich glaube, die Grundlage jeden politischen Handelns ist die Finanzierbarkeit. Unser politisches Bekenntnis fußt auf Beständigkeit, auf dem Erhalt der Gesellschaft und einer verantwortungsvollen Politik, wie vorher schon erwähnt, gegenüber künftigen Generationen. Ein logischer Ausfluss dieses Bekenntnisses ist eine stabile und zukunftsweisende Finanz- und Wirtschaftspolitik (*Applaus FPÖ*).

Die Ausgangslage, und da wird mir herinnen wahrscheinlich jeder Recht geben, ist nicht optimal. Jahrzehntelange teilweise verfehlte, teilweise maßlose Budgetpolitik hat ihre Spuren hinterlassen. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2016 der Europäische Stabilitätsmechanismus in den Mitgliedsstaaten, also auch bei uns, umgesetzt werden muss. Welche genauen rechtlichen Normen hierbei auf die Gebietskörperschaften unterer Ebenen, also auch auf die Stadt Graz, zukommen werden, lässt sich heute nicht seriös sagen. Tatsache ist aber, dass der Grundintention dieses Stabilitätsmechanismus Folge geleistet werden muss und das Gebietskörperschaften, wie die Stadt Graz in Zukunft ab 2016 keine Neuverschuldung mehr machen kann.

Diese gesetzliche Schuldenbremse, die in ihrer Zielsetzung grundsätzlich zu begrüßen ist, stellt auf der anderen Seite die Stadtpolitik aber auch vor eine weitere große Herausforderung. In weiser Voraussicht und getragen von der Einsicht, dass die Zeit des politischen Geschenkeverteils endgültig vorüber ist, haben sich die ÖVP, die SPÖ und auch wir zur Ausarbeitung und zur Unterzeichnung dieses Stabilitätspaktes zusammengefunden. Der Inhalt dieses Paktes sollte aber auch in die Köpfe aller Grazer Parteien, aller Gemeindevertreter, und er muss letztendlich auch bei den Grazer Bürgern ankommen. Die Grundaussage und die essentielle Botschaft, resultierend auf dem vorliegenden Budget, Budgetentwurf und auch aus dem Stabilitätspakt, ist ebenso klar wie eindeutig. Es darf mittelfristig gesehen zu keiner weiteren Verschuldung in dieser Stadt Graz kommen (*Applaus FPÖ*).

Aus heutiger Sicht ist es unseriös, Prognosen anzustellen, die über die nächsten fünf Jahre hinausgehen. Wir wissen nicht, wie sich die wirtschaftliche Lage, die geopolitische Situation entwickeln wird. In politischer Umsetzung bedeutet das ebenfalls eine echte Herausforderung. Durch diverse neue Bundes- und Landesgesetze steht die Stadt Graz vor einer Fülle von kostenintensiven Aufgaben, die sich, wie wir wissen, nur schwer bewältigen lassen. Das ist auch nicht zuletzt deswegen der Fall, da Graz aus dem Finanzausgleich des Bundes eine offensichtliche Benachteiligung hinzunehmen hat. Das ist vorhin angesprochen worden von Klubobfrau Kollegin Ina Bergmann und auch von Michi Grossmann, hier besteht Handlungsbedarf, 30 Millionen Euro Benachteiligung, das ist nicht hinzunehmen. Ich glaube, das ist etwas, wo auch wir und auch die nachfolgenden Generationen im Gemeinderat, die nachfolgende Gemeindevertretergeneration gefordert ist. Wir wissen, woher diese Ungerechtigkeit stammt, es war damals so, dass die Steiermark als wirtschaftlich schwaches Land überproportional viel gefordert worden ist und deswegen hat man bei den Abgaben des Finanzausgleichs eher eine niedrigere Quote angesetzt und da tun sich Städte wie Linz oder Salzburg, die eben nicht von diesem historischen Erbe betroffen sind, heute leichter.

Gleichzeitig lassen die Bevölkerungsprognosen aber erkennen, dass die öffentliche Hand Vorsorge zu treffen hat für einen massiven Anstieg der ständig in Graz

anwesenden Bevölkerung. Was ja auf jeden Fall zu begrüßen ist, aber es bringt auch große Herausforderungen mit sich.

Das sind letztendlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Korsett definieren, innerhalb dessen Grenzen sich die Budgetpolitik der Stadt Graz abzuspielen hat. Der Spielrahmen ist zugegeben gering, das wissen wir, und der Spielrahmen lässt nur geringe Entscheidungsmöglichkeiten. Wer angesichts der gegenwärtigen budgetären Lage noch immer die Ansicht vertritt, es müssen im Interesse einer klassischen Klientelpolitik weiterhin Geschenke verteilt werden, der ist noch immer nicht in der Realität angekommen. Niemand sollte es sich hier herinnen zu einfach machen und sich auf das bloße „Dagegensein“ beschränken. Gesetzliche Verpflichtungen und die politische Verantwortung zwingen die Stadt Graz angesichts auch ungünstiger Parameter, wie vorher ausgeführt habe, zum aktiven Handeln und zum Treffen wirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen. Wir, die Grazer FPÖ, haben uns auf diesen Entwicklungsprozess eingelassen (*Applaus FPÖ*).

Der gegenwärtige Budgetentwurf ist also im wahrsten Sinne ein Versuch, das Machbare umzusetzen, das Notwendige zu realisieren und gleichzeitig die längst erforderliche politische Trendwende einzuleiten. Es ist gewiss spät, aber nicht zu spät. Darin liegt auch der Unterschied zu den Budgetentwürfen vergangener Jahre, wenn ich sage, eine Trendwende einzuleiten, die aus unserer Sicht zu wenig selbstkritisch, auch zu euphemistisch und zu sehr orientiert an der Klientelpolitik waren, das waren die Punkte, die wir nicht zuletzt auch in den letzten Jahren kritisiert haben. Gegenwärtig können wir, diese Einsicht muss auch klar sein, weder das Füllhorn über die Grazer Bürger ausschütten, noch wollen wir eine Politik nach dem Gießkannenprinzip weiter fortsetzen.

Eine Politik, getragen vom Prinzip der wirtschaftlichen Verantwortung, war und ist unsere Zielsetzung. In diesem Sinne fügt sich der vorliegende Entwurf eines Doppelbudgets in das Gesamtkonzept einer mittelfristigen Konsolidierung. Er beinhaltet eben auch nicht, und das ist vorher ausgeführt worden, 530 nicht Milliarden, das wäre schön, weil dann könnte man auch den Hauptplatzbelag vergolden, sondern 530 Millionen, ein weiterer Druckfehler, auf den ich hinweisen

möchte. Das Leistungsvolumen beträgt 530 Millionen Euro und hier ist das Prinzip der Notwendigkeit auch an die allererste Stelle zu setzen. Nämlich die Aufrechterhaltung der Straßeninfrastruktur, der längst notwendige Ausbau von Grazer Schulen sowie deren Renovierung, aber auch dringende Erhaltungsmaßnahmen von Sportstätten und auch der Neubau der einen oder anderen Sportstätte seien hier beispielgebend aufgezählt.

Dies alles wird natürlich begrenzt vom notwendigen Grundgedanken der Sparsamkeit, der aber mit Sicherheit nicht darauf abzielt, und das möchte hier ganz klar auch betonen, beim Bürger zu sparen.

Ohne neue Einnahmen allerdings wird sich das bisher angebotene Leistungsvolumen der Stadt auf lange Sicht nicht aufrechterhalten lassen. Wenn auch erhöhte Gebühren im gegenwärtigen Budgetentwurf nicht veranschlagt wurden, so muss dennoch bereits heute erwähnt werden, dass künftig eine politische Diskussion über dieses Thema stattfinden wird müssen. Für uns ist aber ganz klar, dort wo der Bürger mittelfristig mehr an Beitrag zu leisten hat, auch im Sinne eine Indexierung, also einer Wertanpassung, muss auch genau investiert werden, wir brauchen hier Transparenz, wir brauchen hier Zweckwidmung. Es soll also partiell zu einem erhöhten Leistungsvolumen kommen und der Eindruck eines bloßen Abkassieren vermieden werden und ich glaube, dass dieser Eindruck auch dann gar nicht erst entsteht, wenn man das vom Anfang an transparent macht und die Mittel, die an Mehreinnahmen, an Einnahmen erzielt werden, auch direkt wieder der betroffenen Bevölkerung zubringt (*Applaus FPÖ*).

Das Bekenntnis zur politischen Verantwortung bringt das Erfordernis mit sich, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen. Wer politische Verantwortung trägt, muss längerfristig das Wohl der gesamten Gemeinschaft im Auge haben sowie auch das Wohl künftiger Generationen. Wer politische Verantwortung trägt, muss die rein parteipolitisch gefärbte Brille abnehmen und Politik für unsere Kinder und Kindeskindern machen. Jede Erleichterung, jedes politische Geschenk, das wir hier seitens der Politik der Bevölkerung machen, jede Erleichterung, jedes politische Geschenk, stellt in der gegenwärtigen Situation nichts anderes dar als eine Hypothek

eben für unsere Kinder und Kindeskinde. Die Politik des Gefallen-Wollens ist schon im Kleinen höchst gefährlich, sie potenziert sich aber im Großen zu einem budgetpolitischen Desaster (*Applaus FPÖ*).

Beispiel: Würde man einen Familienvater, der, um seiner Familie zu gefallen, wenn der hergeht ohne wirtschaftliche Grundlage etwa eine Villa, teure Autos und teure Urlaube finanziert, den würde man zumindest als grob fahrlässig bezeichnen. Ich stelle die Frage: Wie verantwortungslos erscheint dann erst jener Politiker, der in der augenblicklichen Lage Geschenke verspricht, um im Moment politisches Wohlwollen zu erregen, also das ist auch fahrlässig (*Applaus FPÖ*), das ist ein Spiel mit unserer Zukunft und das ist im Rahmen einer Verantwortungspolitik abzulehnen.

Im Blickpunkt medialer Kritik, und da sind wir bei diesem Thema, der Michi Grossmann hat es angesprochen, das ist in Wahrheit ein kleiner Teil des Budgets, was in Wirklichkeit aber viele Emotionen schürt, das ist die Kürzung der Subventionen der Stadt Graz in der Höhe von 10%, auf der anderen Seite die gleichzeitige Erhöhung, und es ist tatsächlich eine Erhöhung, der politischen Subvention. Auch wenn man dazusagen muss, dass die Subventionen, die Reduzierung der Subventionen von 10 % ja nur auf ein Projekt, das jetzt nicht mehr stattfindet, zurückzuführen ist, also dass es in Wirklichkeit ja nicht zu einer 10-%-igen Kürzung der städtischen Subventionen kommt. Es ändert nichts, dass auf der anderen Seite die Parteien nun etwas mehr bekommen. Im Übrigen Grüne und KPÖ überproportional viel mehr (*Applaus FPÖ*).

Ich glaube, dass man hier nicht davon sprechen kann, wenn man das auch differenziert betrachtet, dass hier den Bürgern Schonkost verordnet wird und die Parteien selbst aus dem Vollen schöpfen. Dies ist mitnichten der Fall, wenn man diesen differenzierter Blick auf die Sachlage anstrebt und auch macht, denn die Stadt Graz hatte ihrerseits kein Bedürfnis, die bestehenden Subventionsbestimmungen zu novellieren oder gar zu verbessern, sie ist aufgrund übergeordneter Entwicklungen nur einer rechtlichen Möglichkeit, die geschaffen wurde, beziehungsweise auch einer rechtlichen Verpflichtung nachgekommen und wir haben nichts anderes gemacht, als die Parteienförderung der Bundesregelung der Landesregierung anzupassen und wir nutzen in Wirklichkeit nur die Möglichkeit aus, hier auch einen Korridor von 11 Euro

pro Wahlberechtigtem für die politische Arbeit in Graz zu verwenden und ich glaube, da sollte es ein allgemeines Bekenntnis dazu geben, dass politische Arbeit öffentlich subventioniert gehört und nicht beeinflusst werden soll von privaten Spendern (*Applaus FPÖ*), von irgendwelchen Interessengruppen, ich glaube, dieses Bekenntnis sollte man hier einmal abgeben und dann ist es nur gut und redlich, dass die Parteien für ihre politische Arbeit, für die Arbeit für den Grazer Bürger auch entsprechende Subventionen, Parteiförderungen bekommen.

Ich halte fest, dass nach diesen Bestimmungen alle im Steirischen Landtag vertretenen Parteien, also auch Grüne und KPÖ, entsprechend bedacht wurden. Mir ist nicht bekannt, dass Grüne und auch die KPÖ, die von dieser Novelle auch auf Landesebene, nicht nur in der Stadt, auch auf Landesebene überproportional profitiert haben, auf die Auszahlung ihrer Subventionen verzichtet hätten. Ich werte auch heute, mit Verlaub gesagt, die von Ihnen sehr populistisch und aktionistische Aktion hier auch als ein Akt der Unehrlichkeit und des politischen Kleingeldwechsels, nichts anderes ist es (*Applaus FPÖ*).

Wir Grazer Freiheitlichen werden diesen Fall, dass es zu einer 10%-igen Kürzung der Subventionen kommt, insofern Rechnung tragen, dass wir einen Sozialtopf einrichten werden, wo wir genau diese 10 % der Mittel bedürftigen Grazern österreichischer Herkunft zukommen lassen (*Applaus FPÖ*), und um dieses Vorhaben auch ausreichend zu dokumentieren, werden wir am Ende jedes Gemeinderatsjahres eine Liste der von uns geförderten Projekte und Personenkreise offenlegen. Ähnliches können Sie auch machen, es steht Ihnen frei, es ist Ihnen unbenommen, was Sie mit den Geldern machen, Sie können drauf verzichten, dann hat die Stadt Graz mehr Mittel zur Verfügung, Sie können es in die SozialCard investieren, Sie können für den Hochwasserschutz dieses Geld verwenden, tun Sie sich hier keinen Zwang an, aber bitte tun Sie hier nicht Theater machen und auf der anderen Seite das Handerl aufhalten. Also das ist wirklich schäbig (*Applaus FPÖ*) und in Wirklichkeit eine Schmierenskomödie.

Ein Budget ist immer die in Zahlen gegossene politische Wahrheit. Unsere Wahrheit lässt sich nicht beliebig interpretieren, sie liegt offen vor uns. Es wird notwendig sein,

ich habe es erwähnt, unpopuläre Maßnahmen zu transportieren und zu ergreifen, es wird notwendig sein, sich einzugestehen, dass künftige Politikergenerationen nicht mehr aus dem Vollen schöpfen können, und es wird notwendig sein einzubekennen, dass der immer enger gewordene wirtschaftliche Handlungsspielraum selbst einander ideologisch diametral gegenüberstehende Parteien wie KPÖ und Grünen einerseits, aber auch auf der anderen Seite die FPÖ, dazu nötigt, inhaltlich beinahe gleichlautende Entscheidungen zu treffen. Aus dieser Erkenntnis kann, wenn auch aus der Not geboren, und das ist es ja letztendlich, ein breiter politischer Schulterschluss werden, sofern und das ist der Appell abschließend auch an Sie, sofern in den Köpfen aller die Bereitschaft vorherrscht, sich auch der Wahrheit zu stellen.

Ich möchte mich den vorher ausreichend dargebrachtem Dank an die Verantwortlichen für diesen Budgetentwurf und diese mühsame Arbeit selbstverständlich auch im Namen der freiheitlichen Partei recht herzlich bedanken.

Weil es mittlerweile eine liebgewordenen freiheitliche Tradition geworden ist, Budgetreden mit einem kurzen Gedicht zu beenden, ich habe letztens meine Spezialrede in reiner Gedichtform auch dargebracht, will ich mit dieser Tradition heute nicht brechen und daher mit einem, wie gewohnt zwar dilettantischen aber dafür umso ambitionierteren Reim schließen:

Seit Jahrzehnten segensreich
wirtschaften in Österreich
Parteien verschiedener Couleur
und darauf fußt nun das Malheur:
Im Wissen, dass sie sparen sollten
- und sie bekunden, dass sie's wollten -
wird der Vorsatz stets zum Fluch
und darum scheitert der Versuch.
Sie haben dabei stets vergessen
-und daran wären sie zu messen-
den Worten – und so sollt es enden -
auch Taten hinterher zu senden.
Nun steht ein Voranschlag zu Buche.
Er ist getragen vom Versuche,
den Worten, jenen schönen, schnellen
diesmal die Tat voranzustellen!

(Applaus FPÖ).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 11.25 Uhr den Vorsitz.

GRÜNE

Gemeinderat Dr. Gerhard WOHLFAHRT

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Tribüne!

Ich durfte heute schon über den Rechnungsabschluss 2012 berichten. 2012 war das letzte Budget einer schwarz-grünen Zusammenarbeit. Inzwischen gibt es eine schwarz-blau-rote Koalition und diese politische Veränderung spiegelt sich im Budget 2013 wider.

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Werden wir sehen. Auf den ersten Blick könnte man glauben, dass sich nicht viel ändert. Bei einem schnellen Blick auf die laufende Gebarung entsteht der Eindruck, dass das erste beziehungsweise die ersten zwei Budgets der schwarz-blau-roten Koalition – einer Koalition, zu der sich allerdings niemand bekennen will – gar nicht so unterschiedlich zur Vergangenheit ist.

Naja, die Parteienförderung wurde gleich einmal um 50 Prozent erhöht, haben wir schon diskutiert heute. Na gut, so manche wichtige Förderung für

Integrationsprojekte wird zwar höchstwahrscheinlich weiterhin gewährt, ganz sicher bin ich mir nicht mehr, was ich vorher gehört habe, aber bekennen darf man sich dazu wohl nicht mehr. Sie werden nicht mehr namentlich ausgewiesen, sondern unter dem Begriff „Diverse Förderungen“ versteckt. Warum auch immer, wird der Vorhang vielleicht aufgehen, momentan ist die Liste nicht klar. Ja, die laufenden Ausgaben, die sogenannten Eckwerte wurden 2013 deutlich erhöht – nicht nur wegen der höheren Parteienförderung – ab 2015 werden sie dafür wieder gesenkt, manche Gründe sind nachvollziehbar, wir haben darüber gehört vom Herrn Stadtrat, andere sind nicht ganz nachvollziehbar. Sind auch Dinge drinnen, die aus grüner Sicht nicht ganz optimal sind, Ausbau der Ordnungswache oder solche Dinge, aber ok, ein Budget ist auch ein Kompromiss. Im Wesentlichen ist die laufende Gebarung aber eine Fortschreibung der letzten Jahre. So weit – so gut.

Bei einem Blick auf das Gesamtbudget – die laufende Gebarung und die Investitionen – werden die Änderungen aber deutlich. Das Budget 2013 und ein wenig auch das Budget 2014 ist noch von der Vollendung der Umsetzung der bereits beschlossenen Projekte von Schwarz-Grün – oder sollte ich vielleicht doch Grün-Schwarz sagen, wenn ich schaue, wie es weitergeht – geprägt. Die Nahverkehrsdrehscheibe und der Personentunnel Nord werden fertiggestellt beziehungsweise fertigabgerechnet, die Annenstraße wird zu neuem Leben erweckt, ein Teil der Busflotte der Holding wird – endlich, hier gab es ja eine Verzögerungspolitik – erneuert. Die Süd-West-Linie wird geplant, mit der Verlängerung des 7er ins Stiftingtal wird begonnen. Sporthallen (ASKÖ-Center, Ballsporthalle Liebenau) werden fertig gebaut. All das begründet auch die Investitionsausgaben 2013 und 2014, das ist ja nichts Neues von der neuen Regierung, sondern das sind ja auch noch die Nachwirkungen der alten.

Aber wo sind die Projekte für die nächsten fünf Jahre, was passiert dann in Zukunft? Auf die konnte sich die neue Koalition noch nicht einigen. Aber dafür beschließen wir gleich ein Doppelbudget. Anscheinend ist die schwarz-blau-rote Regierung wirklich keine Koalition, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft von Sparmeistern. Das Einzige, was diese Regierung eint, ist der Wille, keine Projekte umzusetzen, anders kann ich es nicht erklären. Wie wäre es erklärbar, dass die Investitionen extrem beschränkt werden, der Einsatz der Mittel aber noch völlig offen ist (*Applaus Grüne*)?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast die ganze Welt erkennt inzwischen, dass reine Sparbudgets der öffentlichen Hand der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zuträglich sind. Steigende Arbeitslosigkeit und soziale Probleme sind die unvermeidlichen Folgen. Nur Graz scheint anders zu sein. Hauptaufgabe Sparen. Ganz ist es ja nicht so, Stadtrat Rüschi hat ja heute schon auf wichtige volkswirtschaftliche Zusammenhänge hingewiesen. Es ist wichtig, dass man es einfach darstellt, nur eine Kleinigkeit hat mir gefehlt. Völlig richtig war dargestellt, aus dem Sparen der privaten Haushalte werden die Investitionen der Unternehmer und die Investitionen der öffentlichen Hand finanziert. Wir haben in Österreich ein Problem, gestern Zeitungsberichte. Die privaten Haushalte sparen mehr, als die Unternehmer und die öffentlichen Haushalte ausgeben. Das heißt, Volkswirtschaft Österreich hat das Problem, ein Teil dieser Ersparnis, nicht in Graz oder sonst irgendwo andeuten zu können, als das im Ausland auslegen zu müssen. Kleine Hinweise, amerikanische Immobilienpapiere, griechische Staatsanleihen, zypriotische Bankenanleihen, all solche Dinge muss man kaufen oder auch andere, weil in Österreich dieses Geld nicht verwendet wird. Vielleicht wäre es doch besser, ein wenig mehr im Inland zu verwenden, wir hätten doch ein paar gute Ideen gehabt, wo es möglich wäre. Aber der Zusammenhang ist völlig richtig, nur da muss man hinschauen.

Natürlich kann jetzt eingewendet werden, Graz muss sich an unterschiedliche (zukünftige) Vorgaben halten und für Wirtschaftspolitik ist ohnehin der Bund zuständig. So viel vorauseilender Gehorsam ist der zweitgrößten Stadt Österreichs aber nicht zuträglich und fehlende Investitionen der Stadt führen auch am lokalen Arbeitsmarkt zum Abbau von Beschäftigung. Noch viel wichtiger erscheinen mir aber die Auswirkungen fehlender Investitionen auf die Bewältigung kommunaler Aufgaben. Ob diese europäischen Akte je so kommen, ob das je so ernst wird, wird sich zeigen, aber hat man auch gesehen in Zeiten einer Wirtschaftskrise wurde eh wieder alles aufgehoben, Gott sei Dank und sinnvoller Weise und vielleicht noch ein kleiner Hinweis für die FPÖ, die sich ja so viel von den Schulden fürchtet und glaubt, dass das alles so entsetzlich ist. Normalerweise glaubt ja die FPÖ doch den heiligen Märkten, was und wie wir es in letzter Zeit gesehen haben, Stadt Graz hat sehr viel Geld aufgenommen zu ausgezeichneten Bedingungen, das heißt nicht ich oder

irgendjemand Gemeinderat, sondern diese heiligen Märkte, ich nenne es ja nicht so heilig normalerweise, aber die haben gesagt, die Stadt Graz ist ein ausgezeichneter Schuldner, das Geld ist in besten Händen, wir verlangen so gut wie keinen Risikoaufschlag. Weniger als irgendeine große Bank oder sonst irgendwas. Aber so schlecht scheint es um Graz nicht bestellt zu sein nach diesen fünf Jahren.

Gehen wir zurück zu den kommunalen Problemen. Wie soll in dieser wachsenden Stadt der öffentliche Verkehr ausgebaut werden? Die Investitionen von jährlich weit über 50 Millionen in den letzten Jahren und auch 2013 sollen 2014 bereits halbiert werden und dann von über 50 Millionen jährlich auf 10 Millionen 2016 und 2017 reduziert werden. Da mag vielleicht noch die eine oder andere Million aus den noch nicht verteilten insgesamt fast 100 Millionen dazu kommen, 100 Millionen für fünf Jahre, sprich durchschnittlich 20 pro Jahr, aufgeteilt auf ÖV, Schulen und viele andere Dinge ok, da kommen noch drei/vier Millionen dazu, das mag schon stimmen. Können auch acht sein, aber was tun wir mit zehn und acht Millionen pro Jahr im öffentlichen Verkehr, wo wir eigentlich 50 brauchen oder 60 oder noch mehr (*Applaus Grüne*)?. Wie soll der Ausbau der Straßenbahnlinien finanziert werden? Wie soll ohne die dringend notwendigen und grundsätzlich schon beschlossenen langen Straßenbahnen die Frühspitze bewältigt werden? Ohne zusätzliche Fahrgastkapazitäten ist kein Umstieg auf den ÖV möglich. Und wie geht es mit der begonnenen Modernisierung der Busflotte weiter?

Wie soll das Feinstaubproblem in Graz gelöst werden? Die Umsetzung der Umweltzone wurde der ÖVP zu heiß, wir haben es miterleben dürfen, da war eine schnelle Volksbefragung wohl der letzte Ausweg. Und wo ist der Plan B? Der damals versprochene Plan B ist noch immer nicht da, nicht einmal die sehr zögerlich begonnene Modernisierung der Busflotte soll fortgesetzt werden, die Holding soll zukünftig die Busse – wie den Budgetunterlagen zu entnehmen ist – erst nach 15 Jahren austauschen. Hätten wir eine Umweltzone eingeführt, dürften diese Busse schon lange nicht mehr in Betrieb sein. Die Abgaswerte dieser Uralt-Busse sind dem zuständigen Stadtrat sicherlich bekannt.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das sind aber Versäumnisse der letzten Periode.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wir haben noch 34 auf die Reise geschickt und dann ist aus, schauen Sie in den Wirtschaftsplan rein, den Sie beschließen, da steht das genau drinnen, dass 2015 bis 2017 kein weiterer Bus geplant ist. Aber auch der Ausbau der Fernwärme ist mittelfristig keineswegs abgesichert. Der Feinstaubfonds neigt sich dem Ende zu und die neue Koalition ist nicht einmal in einem Doppelbudget bereit, Zusagen für weitere finanzielle Mittel in diesem für Graz so wichtigen Bereich zu geben. Frei nach dem Motto: Hauptsache es gibt einen Budgetbeschluss bis Ende 2014 – über Inhalte reden wir später. Diese Vorgehensweise haben wir bereits vor einem halben Jahr erlebt: Hauptsache es gibt einen Stabilitätspakt – Inhalte später. Ich hätte da eine kleine Frage: Sind auch Antworten auf die wirklichen Probleme der GrazerInnen geplant (*Applaus Grüne*)?

Liebe KollegInnen von der schwarz-blau-roten Koalition. Sparen allein ist kein Regierungsprogramm und hier sparen sie zu Lasten der Gesundheit aller Grazerinnen und Grazer. Die Stadtregierung ist aufgerufen, sich Gedanken über die Lösung der Feinstaubproblematik in Graz zu machen. Mutige, innovative Schritte sind gefragt, der Beschluss eines Stabilitätspaktes löst diese Probleme nicht. Und die Erhöhung der Parteienförderung auch nicht.

Aber es gibt noch viele weitere Bereiche, in denen Investitionen dringend notwendig sind: Schulausbauten, Ankauf von Grünflächen, Grundstücke für neue Gemeindewohnungen, Bau von neuen Sportstätten, Umbau der Eishalle, Infrastrukturmaßnahmen in den zu entwickelnden Gebieten (z.B. Reininghaus, SmartCity u. a.) und viele andere wichtige Aufgaben mehr.

Es existieren auch etliche Programme, das Schulausbauprogramm wurde in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen, das Stadtentwicklungskonzept sieht den Ankauf öffentlicher Grünflächen vor, usw. Aber wer arbeitet an der Umsetzung dieser

wichtigen Programme? Wie soll das alles mit 100 Millionen in den nächsten fünf Jahren lösbar sein? Solange es darauf keine Antworten gibt, können wir Grünen den Budgets 2013 und 2014 und insbesondere der ausdrücklich erwähnten mittelfristigen Investitionsplanung nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

Dass wir Grüne notwendige Investitionen mit einer soliden Finanzgebarung verbinden konnten, haben wir nachweislich gezeigt. Die letzten fünf Jahre waren von wichtigen Schwerpunktsetzungen, zum Beispiel öffentlicher Verkehr und Kinderbetreuung, und einer soliden Entwicklung der städtischen Finanzen geprägt. Wie heute bereits erwähnt, ist die Finanzschuld der Stadt Graz, inklusive Beteiligungen wohlgermerkt, weil das ist die einzig relevante Zahl, im Zeitraum von 2009 bis 2011 real leicht gesunken – exakt um 3 %, wer es nachrechnen will, Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse 2011 durch den Rechnungshof, Seite 29. Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor, ich erwarte aber eine leichte Zunahme aufgrund der Zahlen der Finanzdirektion. All die von der damaligen Opposition jährlich wiederholten Schauermärchen vom Finanzdesaster in Graz sind in Kärnten, Linz und vielleicht auch in Salzburg eingetroffen. Die Finanzsituation in Graz hat sich hingegen deutlich verbessert, wir erzielen jetzt deutliche Überschüsse in der laufenden Gebarung. Diese Überschüsse waren allerdings nicht für die Erhöhung der Parteienförderung gedacht, sondern für den Erhalt oder die Erhöhung des Mobilitätschecks, für die Einführung und den Ausbau der SozialCard und für andere wichtige kommunale Leistungen. Und natürlich auch als Grundlage für wichtige Investitionen.

Wenn notwendige Investitionen nicht finanzierbar sein sollten, dann muss eine verantwortungsvolle Regierung auch über entsprechende Maßnahmen nachdenken. Vielleicht werden nach über 20 Jahren doch einmal die Parkgebühren angepasst, vielleicht muss noch einmal über die Entwicklung hoher städtischer Pensionen – für Politiker und Beamte, ich glaube, die weibliche Form kann ich mir hier sparen nachgedacht werden. Aber dazu bedarf es einer mutigen Politik – und ich befürchte, Schwarz-Blau-Rot fühlt sich wohl eher bei den Sparmeistern zu Hause.

Sparen im Sinne von Investitionen kürzen ist vielleicht einfach, aber zuwenig. Das ist kein Programm für die Zukunft. Notwendige Investitionen sind die Basis für eine gute Zukunft für Graz.

Manchmal muss vielleicht auch an anderen Stellen gespart werden. Ich habe soeben den Solidarbeitrag höherer Pensionen erwähnt. Ich weiß, wie schwierig es war, die ÖVP zu einem kleinen Solidarbeitrag für Pensionen, die in etwa über 5.000 Euro monatlich und mehr, zu überreden. Derartige Entscheidungen gehören aber zu einem verantwortungsvollen Umgang mit knappen finanziellen Ressourcen. Ich bin schon gespannt, ob sich die neue Regierung derartiger Probleme annehmen wird. Aber wie gesagt – offensichtlich ist es einfacher, die Investitionen zu kürzen.

Auch wenn ich inhaltlich mit vielen Entscheidungen in diesen Budgets nicht einverstanden bin, so ist es mir doch sehr wichtig, der Finanzdirektion und Herrn Stadtrat Rüschi für die Aufbereitung und Weitergabe der vielen Zahlen zu danken. Da ich dieses Budget nicht verantworten kann und will, hatte ich natürlich auch viel weniger Fragen als in den letzten Jahren. Aber sowohl die vielen Fragen der letzten Jahre wie auch die wenigen des heurigen Jahres wurden nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet – danke für diese Zusammenarbeit (*Applaus Grüne*).

Jetzt ist es aber an der Zeit, mit Abänderungsanträgen die Umsetzung einiger Verbesserungen zu erreichen. Es wäre populistisch, mit Anträgen einfach die Investitionen zu erhöhen oder auch nur die geplanten Investitionssummen konkreten Projekten zuzuordnen. Aber da uns sowohl der Ausbau des ÖVs, der Ausbau der Fernwärme, die Dotierung des Feinstaubfonds, der Ausbau der Schulen und Kindergärten, der Ankauf öffentlicher Grünflächen und vieles andere wichtig ist, wünschen wir uns einfach eine völlig andere Budgetpolitik für 2014 und die Folgejahre. Aber wir nehmen auch zur Kenntnis, dass diese andere Budgetpolitik derzeit nicht mehrheitsfähig ist.

Unbedingt notwendig erscheinen uns aber zwei Änderungen in den vorliegenden Budgets. Erstens ist die massive Erhöhung der Parteienförderung keinesfalls gerechtfertigt. Wir bekennen uns natürlich zu einer Parteienförderung, haben das auch immer mitgetragen, wurden für die Parteienförderung auch von der FPÖ

geprügelt, die jetzt die Erhöhung super findet, ist schon ganz eigenartig. Aber vor rund zwei Monaten wurde den Grazer Studierenden erklärt, dass der Mobilitätsscheck nicht aufrechterhalten werden kann. Heute soll die Parteienförderung um rund 800.000 Euro jährlich erhöht werden.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das stimmt nicht.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich vermute, dass sich manche Parteien im letzten Wahlkampf massiv übernommen haben. Und da jetzt auch das Transparenzgesetz anonyme Spenden verunmöglicht, scheint auch die Refinanzierung der Wahlkampfkosten schwieriger geworden zu sein. Trotz dieser Schwierigkeiten für manche Parteien wollen wir diese öffentlichen Mittel lieber für einen Ausbau der SozialCard eingesetzt wissen und ersuchen die Sozialstadträtin und Vizebürgermeisterin Martina Schröck um einen sinnvollen Einsatz dieser Mittel. Mit der von uns erwarteten Unterstützung dieses Antrags auf Umwidmung dieses Geldes durch die ehemals soziale Partei hat dieser Antrag durchaus Chancen auf Erfolg (*Applaus Grüne*).

Weiters finden wir es sehr problematisch, wenn mit dem Budget 2014 auch gleich die Ermächtigung für Herrn Stadtrat Rüschi verbunden ist, den Wirtschaftsplänen für 2014 zuzustimmen.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Nicht nur wir. Eigentümerversorger.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Völlig korrekt, nicht nur Stadtrat Rüschi, der jeweilige Eigentümervertreter, meistens bist du der Briefträger, wenn ich so sagen darf, aber nicht immer, völlig korrekt. Fehler auf meiner Seite. Diese Pläne existieren teilweise noch gar nicht, GBG hat noch keinen Wirtschaftsplan 2014, die Einhaltung der drei angeführten Kennzahlen alleine, Sie kennen die Kennzahlen Investitionen, EBITDA und Personal, ist als Steuerung eigentlich zu wenig. Wir sind der Ansicht, dem Gemeinderat gehören die vollen Wirtschaftspläne vorgelegt, wir wollen einen Blick darauf werfen und dann den jeweiligen Vertretern, nicht nur dem Stadtrat Rüschi, sondern den jeweiligen Eigentümervertretern natürlich gerne die Ermächtigung erteilen zuzustimmen. Momentan ist das ein bisschen eine Blankoermächtigung und man kann sich vorstellen, die Wirtschaftspläne gibt es noch nicht einmal und wir sagen jetzt schon, der jeweilige Eigentümervertreter darf zustimmen. Ich glaube, hier bedarf es einer Abänderung. Die konkreten Abänderungsanträge:

1. Die im Voranschlag 2013 auf Seite 550 angeführten Subventionen an politische Parteien (Kennziffer soundso) wird auf einen Gesamtbetrag von 1.509.700 Euro reduziert, liegt schriftlich vor an alle Parteien.

Die dadurch eingesparte Summe von exakt 798.600 Euro, so haben wir es zumindest ausgerechnet, wenn ein Fehler passiert ist, tut es mir leid, kann man gerne korrigieren, wird für den Ausbau der SozialCard (Ausweitung der BezieherInnengruppen, Ausweitung der Leistungen) zweckgewidmet. Ich bin überzeugt, dass die Frau Stadträtin nicht nur, wie hat es geheißen, arme GrazerInnen österreichischer Herkunft, dann wird es auch anderen, ich hätte da noch eine Frage, wie beweist man österreichische Herkunft? Ahnenpass oder was schlagen Sie da vor? Reicht die normale Staatsbürgerschaft? Aber einmal Ausländer, immer Ausländer, viel Spaß der Koalition (*Applaus Grüne*). Aber wir sind überzeugt davon, dass die 800.000 Euro bei der Martina Schröck in guten Händen sind, dass sie weiß, wem sie das geben kann, das es genug Arme in Graz gibt, die jeglicher Herkunft, und ich hoffe, dass die soziale Partei dann was findet, dieses

besser ist, dieses Geld zur Aufstellung der SozialCard zu verwenden als die Parteienförderung zu erhöhen (*Applaus Grüne*).

Die sinngemäß gleiche Änderung ist auch im Voranschlag 2014 durchzuführen. Naheliegend.

2. Voranschlag 2014:

Der Satz im Kapitel II Budgetvollzug, 2.Absatz

„Die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlungen beziehungsweise Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2014 der einzelnen Gesellschaften, die diesen EBITDA, Investitions- und Vollzeitbeschäftigtenziffern entsprechen, gelten hiermit gemäß § 87 Abs.2 des Statuts der Landeshauptstadt Graz, gegenüber den jeweiligen Eigentümerversammlungen, wie folgt abgeändert, Gerhard, als erteilt.“

Dieser Satz wäre ersatzlos zu streichen.

Was bedeutet das, die Wirtschaftspläne 2014 sind vorzulegen und der jeweilige Eigentümerversammlungen, meistens der Gerhard Rüscher, bekommt dann die Ermächtigung diesen zuzustimmen? Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wenn im Statut drinnen steht, er braucht eine Ermächtigung, der jeweilige Postbote, dass wir diese jetzt im Vorhinein erteilen für Papiere, die es noch nicht einmal gibt (*Applaus Grüne*).

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, diese zwei kleinen Änderungen würden sowohl das Verständnis für eine neue Politik des Sparens bei sich selbst und in der Bevölkerung erhöhen und auch dem Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt wieder die Entscheidungskompetenz zurückgeben, die dem Gemeinderat laut Statut zusteht. In diesem Sinne bitte ich um Annahme unserer Abänderungsanträge. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Erlauben Sie mir einen kurzen Einwurf. Es wäre schon sehr schön gewesen, wenn Sie das soziale Engagement oder das große Engagement für das Sozialbudget schon in der letzten Gemeinderatsperiode gehabt hätten und ich nicht in der letzten Gemeinderatsperiode jeden Cent immer umdrehen hätte müssen und hart verhandeln hätte müssen für das Sozialbudget, das wäre wunderbar gewesen (*Applaus SPÖ*).

PIRATENPARTEI

Gemeinderat Philip P A C A N D A

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Leider noch nicht per Livestream dabei, aber ich bin noch immer großer Hoffnung, dass das bald passiert. Hohe Beamtenschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Herr Bürgermeister!

Wir stimmen heute über in Summe zwei Milliarden Euro ab, es sind mehrere tausend Seiten im Umfang, das komplette Budget und alle Anträge für den heutigen Tag. Eine riesengroße Menge an Dokumenten muss ich sagen, wo es wirklich sehr schwierig ist, das innerhalb von einer Woche zu lesen. Ich weiß nicht, wie es den anderen gegangen ist, die die ganzen...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Pacanda**: Das ist der Vorteil, wir sind auch mehrere teilweise und haben uns das aufgeteilt, aber es ist trotzdem in Summe einfach wirklich eine komplexe Aufgabe, fasziniert mich wirklich, wenn man sagt, ok, man hat alles gelesen, alles verstanden und jede einzelne Zeile im Bewusstsein. Also ich möchte von mir das nicht behaupten, dass ich wirklich jede Zeile gelesen und verstanden habe, ist so. Ich habe schon oft erwähnt, dass ich es auch schön finden würde, wenn die Unterlagen dementsprechend früher zur Verfügung stehen würden; und gerade bei so großen Entscheidungen, wie Budget und Flächenwidmungsplan, finde ich es persönlich sehr schlecht, wenn die dann teilweise erst am Montag daherkommen beziehungsweise eben eine Woche vorher, als kleinen Input. Es wäre schön, ich würde es auch schön

finden, wenn die Unterlagen in vollständiger Version, gerade die Unterlagen der öffentlichen Sitzung, der Öffentlichkeit auch vorher schon zur Verfügung stehen würden, das heißt, dass die Bürger von Graz sich das vielleicht auch im Detail anschauen könnten. Ich möchte mich an dieser Stelle gleich wirklich bedanken, wirklich im ganzen Haus oder beim ganzen Haus, egal ob es die Beamtenschaft betrifft, die Verwaltung betrifft oder eben wirklich die Politik auch, es hat mir jeder wirklich sehr toll geholfen, durch die ganze Zeit bis jetzt, also bis zur Budgetsitzung, und jetzt auch eben speziell auf das Budget betroffen, habe ich wirklich sehr tolle Informationen und Hilfe bekommen, da möchte ich mich recht herzlich bedanken dafür.

Ich möchte jetzt einen kurzen Ausflug in die Vergangenheit machen. Es kann sein, dass sich ein paar Personen herinnen angesprochen fühlen. Ich sage aber sonst nichts dazu eigentlich. Es hat ein Zitat gegeben, Menschen mit Behinderung sind nicht mehr länger Bittsteller und können festgeschriebene Leistungen in Anspruch nehmen. Mit dem Grundsatz „Mobil vor Stationär“ setzen wir den Schritt in die Richtung Inklusion und werden mittel- und langfristig mit dem Aufbrechen der Institutionalisierung Einsparungen erwirken. Das war 2008, ok. 2011 und 2012 ist dann halt die Summe leider in den Zeitungen gestanden, ja, Einsparungen in der Freizeitassistenz aufgrund des Sparpakets des Landes. Ist klar, ist Land, aber ich möchte es einfach nur trotzdem, es betrifft uns in Graz akut.

2012 war zu lesen, eine sehr gute Idee, die ich gefunden habe, 500 Lehrstellen in Graz, weil jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz und Arbeit finden sollte. In den aktuellen Plänen habe ich es leider nicht entdeckt.

Im Juli 2011 war auch was sehr Erfreuliches in der Zeitung zu lesen, Reformen im Grazer Rathaus, Gemeinderat wird verkleinert, zehn Stadtpolitiker weniger und da ist von jemandem gesagt worden, die Politik sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Der sitzt aber heute nicht da, das war der Herr Schönegger. Bei Reformen und Einsparungen ist es gerade in die Politik, die eigentlich mit gutem Vorbild vorangehen sollte, meiner Meinung nach, ist aber im Budget, wie schon heute erwähnt, meines Erachtens nicht der Fall. Es ist da irgendwie beim politischen Konjunktiv geblieben.

Die Subventionen, und ich habe es jetzt auch mehrmals nachgerechnet, werden in Summe, wenn man alle vorigen Subventionstöpfe zusammenrechnet, von 1,5 auf 2,3 Millionen erhöht, das sind dann exakt zirka 800.000 Euro, heißt eben, 1,6 Millionen Euro in zwei Jahren, die offensichtlich anderen Orts fehlen und ich kann mir auch die Begründung relativ gut vorstellen. Weil es halt aufgrund der Transparenzgesetze jetzt schwieriger ist, dementsprechend Geld zu bekommen, das kann schon sein, hat aber irgendwie den schalen Beigeschmack für mich, dass es eigentlich vorher nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sein kann.

Also ich persönlich und wir in Summe sehen es eigentlich nicht ein, dass wir auf der einen Seite sagen müssen, da fehlen uns die Mittel, dafür haben wir kein Geld und auf der anderen Seite eben hier und heute noch eine Parteienförderung beschließen, die um 1,6 Millionen in Summe höher ist, und ich möchte ein bisschen jetzt auf ein kurzes Detail eingehen, was recht amüsant ist, irgendwie, also für mich persönlich. Die ÖVP kriegt in Summe mehr, jetzt 131.262 Euro, im Vergleich zur Wahl hat sie aber eigentlich um 4.749 Wähler weniger als vorher. Also in der letzten Periode, das ist minus 4,6 %. Ich habe da einen Umsatzvergleich hergenommen, wir haben sozusagen ein Plus an 3.086 Wählern und bekommen 37.500 dafür, also nur als Vergleich und da ist die Frage für mich halt, was das für eine Art Umverteilung eigentlich sein soll, die vorher genannt worden ist, weil das ist dann eine Umverteilung, wo ich sehe, dass sich die Politik bedient, aber was eigentlich vom Bürger wegkommt. Und das zu einer Zeit, wo einerseits den Leuten das Wasser bis zum Hals steht, da spiele ich eigentlich an auf die Hochwassergebiete von Graz Andritz und St. Peter, wo man eben dementsprechend das Geld verwenden könnte und was ich gehört habe...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Pacanda:** Wir können in Summe 1,6 Millionen Euro dafür verwenden, das würde dann wirklich was bewegen, also das ist der Unterschied. Und das könnte man dementsprechend dort einsetzen, man könnte es auch einsetzen dort, wo das Wasser fehlt im Gegensatz dazu, wie zum Beispiel im Ragnitzbad, von den Grünen kamen dementsprechend ja auch Vorschläge, wo man es verwenden könnte, man könnte es auch für die Feinstaubbekämpfung verwenden, dementsprechend Ausbau öffentlicher Verkehr oder die Attraktivierung, das heißt, dass es zu keiner Preiserhöhung kommen könnte. Also viele Ideen, die möglich wären, einfach um dieses Geld zu verwenden, die man dann auch sicher in einem Konsensprozess gemeinschaftlich nachher dann vielleicht finden könnte, was da die sinnvollste Idee dafür wäre.

Ganz allgemein was jetzt Feinstaub betrifft und größere Bauprojekte in Graz ist ein Problem, was wir in dem ganzen Bereich sehen, dass an jeder Ecke gebaut wird auf der einen Seite. Es wird verdichtet, es werden Freiräume in Graz genutzt für Bauprojekte, aber auf der anderen Seite werden diese Projekte nicht gut genug angeschlossen. Es ist komplett klar, und ich habe es mir gestern auch noch einmal dezidiert sagen lassen, ich werde es in meiner Periode sozusagen dezidiert nicht mehr erleben, dass in Reininghaus irgendeine Straßenbahn fährt, ich finde es aber in Summe einfach schlecht, von vornherein wissentlich ein Großprojekt umzusetzen, wo zig-tausende Menschen wohnen und dann in dem Sinn kein, sage ich einmal, sauberes, innovatives Verkehrssystem da zu haben. Es muss nicht unbedingt eine Straßenbahn sein, es könnte auch ein O-Bus-System sein, was auch immer, und wir werden uns in Summe dafür stark machen, dass bei solchen Großprojekten nicht nur im Plan irgendwie eingeplant wird, dass eine Straßenbahn irgendwann einmal kommen wird 2020, 2025, 2030, wann auch immer, sondern wir werden uns dafür stark machen, dass bei solchen Großprojekten, wie jetzt im Reininghausfall zum Beispiel, wirklich davon ausgegangen werden kann, wenn die ersten Menschen dort einziehen, dass dort ein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung steht, eine Straßenbahn, ein O-Bus, aber dass das wirklich dort bereits und die Leute das nutzen können.

Allgemein zu Gebührenanpassungen und Gebührenerhebungen und Ähnlichem sehen wir halt zwischenzeitlich, gerade was zum Beispiel Parkgebühren betrifft oder Ähnliches, als ein mögliches Regulativ an, ist klar, dass man damit regulieren kann, aber dieses Regulativ ist eigentlich uns wieder ein klassisches Verbotssystem, irgendwas regulieren zu wollen, also eigentlich eine Symptombekämpfung, ohne die eigentliche Ursache dementsprechend oder eine Lösung für die Ursache anzubieten.

Abschließend möchte ich sagen, die Politik sollte meines Erachtens heute mit gutem Beispiel vorangehen und ich hoffe, das tut sie, und auf die Erhöhung der Parteienförderung verzichten und das Geld dort einsetzen, wo es eigentlich herkommt. Es kommt nämlich nicht vom Bund oder von irgendeiner höheren Instanz, das kommt von der Bevölkerung, und ich bin einfach der Meinung, dass das Geld dort eingesetzt werden sollte, dort ist es wirklich gut eingesetzt und die Parteienförderung dementsprechend auf der Höhe zu belassen, wie sie vorher war. Ich habe auch einen dementsprechenden Abänderungsantrag, wo es genau darum geht, die Summe auf der Gesamtsumme 2012 zu belassen, das sind dann 1,5 Millionen Euro.

Herzlichen Dank.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir sind damit am Ende der Generalreden. Ich schlage vor, die Sitzung jetzt in Abstimmung mit allen Klubs bis 13.30 Uhr zu unterbrechen, um 13.00 wird der Planungsausschuss tagen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.00 bis 13.35 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den Sitzungssaal zu kommen, begrüße auch die Vertreter des Österreichischen Rundfunks ganz herzlich. Ich möchte die Gelegenheit auch beim Schopfe packen und mich beim Bauernbund wiederum bedanken, alle Jahre, anlässlich des Budgets gibt es eine Erfrischungspause, es gibt an allen Plätzen ein Papiersackerl mit Äpfeln. Herzlichen Dank an die Vertreter des Bauernbundes, die diese Äpfel wieder zur Verfügung gestellt haben (*allgemeiner Applaus*). Meine Damen und Herren! Wir fahren jetzt fort, ich darf für den Nachmittag als ersten Spezialredner nun Herrn Gemeinderat Harry Pognner ersuchen ans Rednerpult zu kommen.